

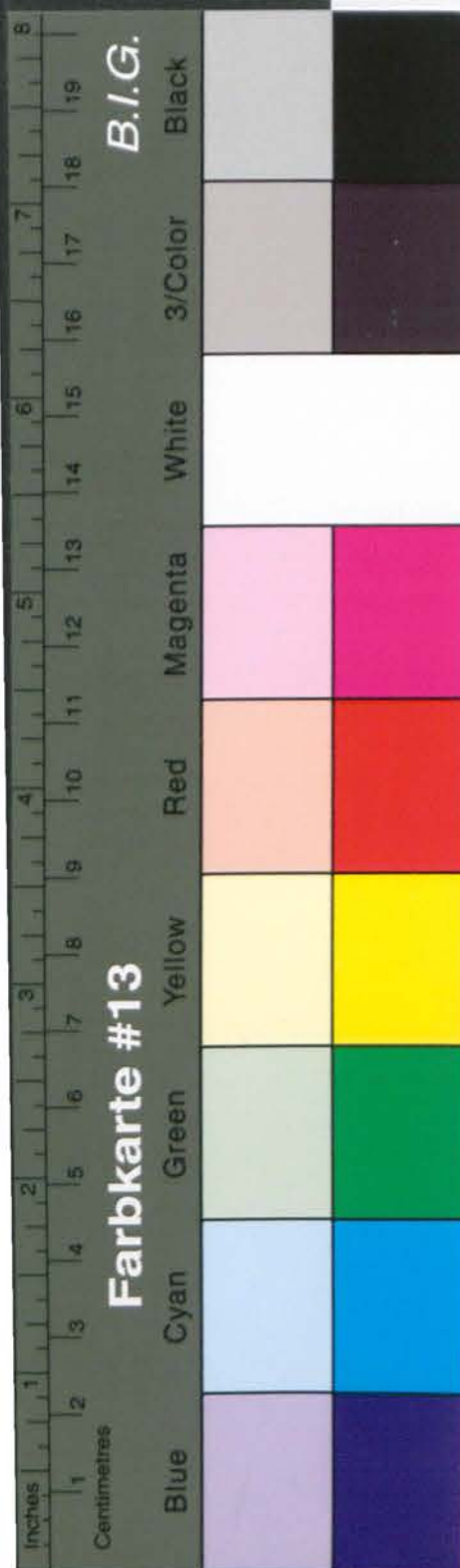
Kreisarchiv Stormarn B 2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B 2

470





Kreisarchiv Stormarn B 2

A b s c h r i f t

E

Antrag Nr. 3456

Akt. Zeich. 8351 Ko 6.

## ANTRAG

auf Gewährung von Haftentschädigung auf Grund des Gesetzes über die Entschädigung für Freiheitsentziehung aus politischen, rassischen, weltanschaulichen oder religiösen Gründen (Haftentschädigungsgesetz vom 16. 8. 49)  
Zur Beachtung: Im Interesse des Antragstellers sind sämtliche Fragen gewissenhaft und ausführlich in lesbarer Schrift zu beantworten!

KATHE KORTE  
KIEKUT  
Papiermisch

Vicksau, den 18. Januar 47

An den Kreisverband Vicksau  
Vicksau

Als Tochter des im Juli 42 nach Theresienstadt  
Zwangsversionen sind im April 43 dortselbst  
verstorbenen Otto Korte, geb. am 7. 11. 80, welcher  
Poljude war, bitte ich höflichst um die für  
solche Fälle vorgesehenen Lebensmittelsatzkarten  
zu beschaffen.

Ich habe bisher darauf verzichtet da  
mein Mann Ingenieur Korte der Kreisverband Vicksau  
sich gemäß Thier Ausgabe Nr. 189 für sich  
diese Satzkarten erhalten hat. Da mein  
Mann vom Dezember 46 an, von mir getrennt  
lebt und seine Satzkarten allein für sich  
beansprucht, muß ich jetzt auf die mir zu-  
stehenden Satzkarten zurückgreifen.

(Name)

(Kreisstadt)

(Poststr. 143)

(R)

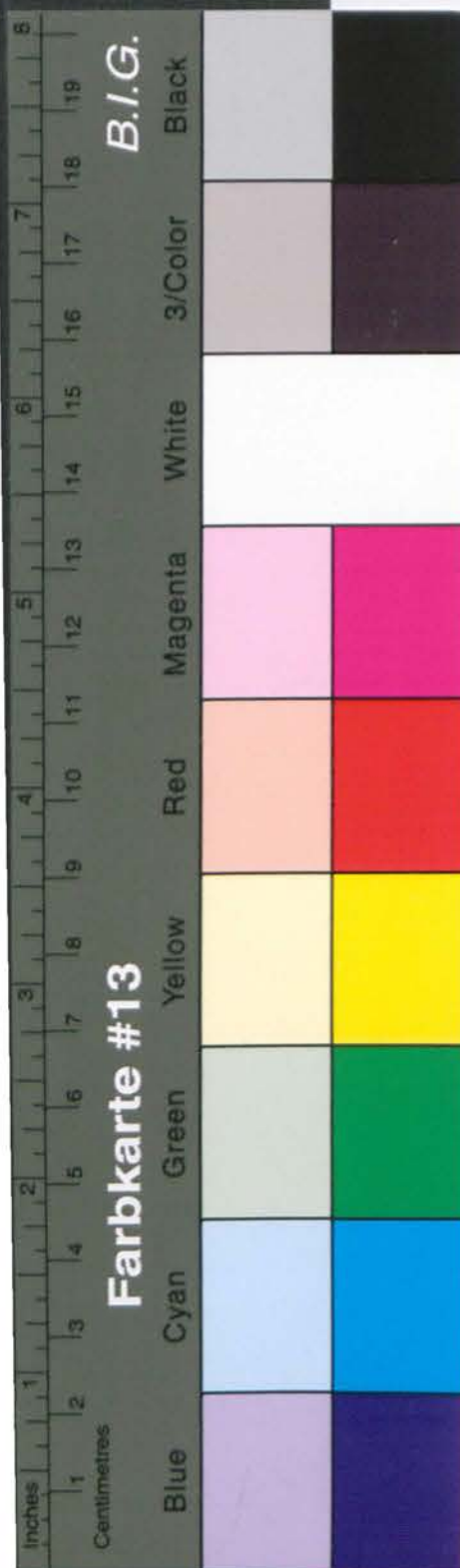
(Antragsteller?) nein

(Ist eine Akte?)

(Antragsteller) Streit

8351/49 - E 808





Kreisarchiv Stormarn B 2

A b s c h r i f t

E

Antrag Nr. 3456

Akt. Zeich. 8351 Ko 6.

## ANTRAG

auf Gewährung von Haftentschädigung auf Grund des Gesetzes über die Entschädigung für Freiheitsentziehung aus politischen, rassischen, weltanschaulichen oder religiösen Gründen (Haftentschädigungsgesetz vom 16. 8. 49)  
Zur Beachtung: Im Interesse des Antragstellers sind sämtliche Fragen gewissenhaft und ausführlich in lesbarer Schrift zu beantworten!

Ich weise noch darauf hin, daß von dem  
Hamburger Sonderhilfeausschuß meiner  
tot lebenden Schwester ebenfalls Entschädigungen  
bewilligt worden sind.

Ich hoffe daher keine Fehlurteile geben zu  
haben und sehe Ihrer baldigen Urteilsfindung  
den Antwort form entgegen.

Mit rechtlichster Hochachtung!

Frau Käthe Korte  
geb. Stral

(Name)

(Kreisstadt)

(Poststr. 143)

(Geburtsort)

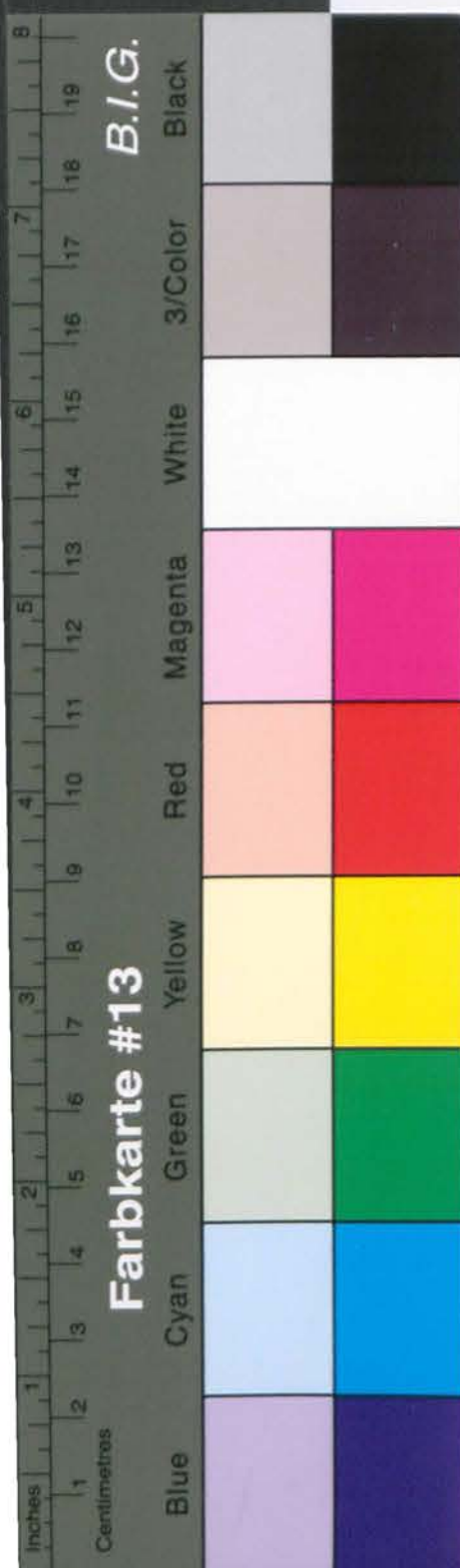
(Antragsteller?) nein

(Ist eine Akte?)

(Antragsteller) Streit

8351/49 - E 808





Kreisarchiv Stormarn B 2



A b s c h r i f t

E

Antrag Nr. 3456

Akt. Zeich. 8351 Ko 6.

## ANTRAG

auf Gewährung von Haftentschädigung auf Grund des Gesetzes über die Entschädigung für Freiheitsentziehung aus politischen, rassischen, weltanschaulichen oder religiösen Gründen (Haftentschädigungsgesetz vom 16. 8. 49)  
Zur Beachtung: Im Interesse des Antragstellers sind sämtliche Fragen gewissenhaft und ausführlich in lesbarer Schrift zu beantworten!

### I. Personalangaben des Antragstellers

1. Familienname des/der Erbberechtigten: Korte geb. Streit  
(bei Frauen auch Geburtsname)
- Vornamen: (Rufnamen unterstreichen) Käthe
2. Gegenwärtige Anschrift: Schmalenbeck, Sickerlandstr.143.
3. Geburtstag: 29.5.1912 Geburtsort: Hamburg  
(unter Angabe des Kreises — der Kreisstadt)
4. Staatsangehörigkeit: Deutsch

Bad Oldesloe, den 7. 2. 1947  
Königstr. 32  
Telefon 151 - 157

4/406

Rg./Hl.

Frau

Käthe Korte

(24) K i s k u t  
bei Papenwisch über Gr. Hansdorf

Auf Ihr Schreiben vom 18. 1. 1947 übersende ich Ihnen beiliegend ein Antragsformular mit der Bitte um Ausfüllung, Beglaubigung durch die Ortspolizeibehörde und Wiedereinreichung, möglichst bis 20. 2. 1947.

WV. am 20. 2. 1947. Im Auftrage:

in die 11.4.47 wurde eingereicht.

3

traße und Sickerlandstr.143  
ausnummer:

welchen Gründen:

nschaft usw.)

wohnt? ja

getrennt lebend\*)

dem Erblasser: Tochter

dem Sonderhilfsrentengesetz gestellt? nein

raten Nr. --

Nr. --

fenen Nr. --

omitee) Nr. --

Wiedergutmachungsstelle bereits eine Akte?

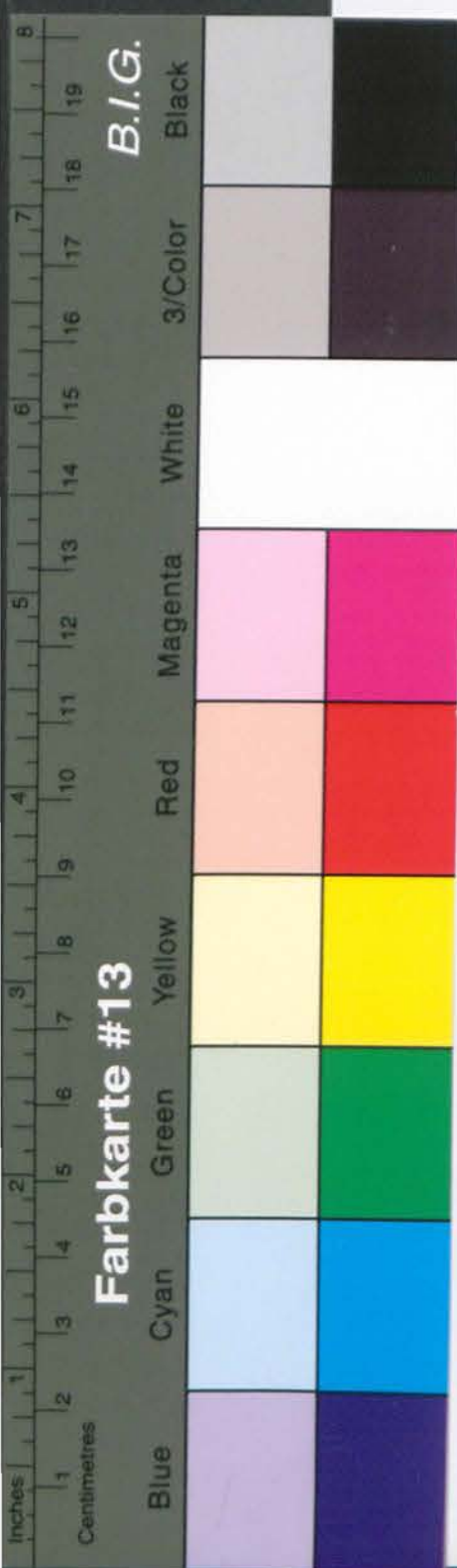
\*) Nichtzutreffendes streichen

Jrørgard Streit

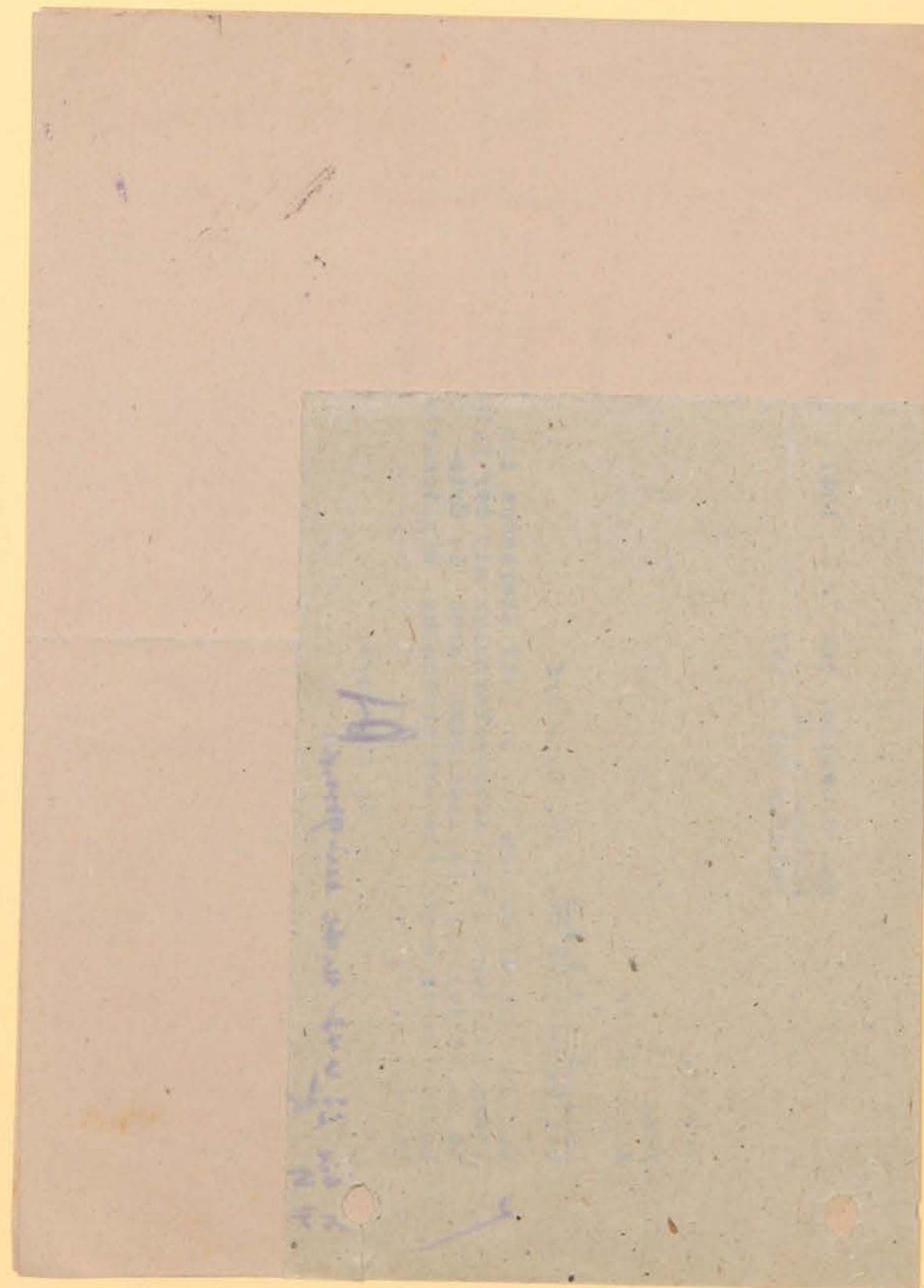
8351/49 - E 808

SB X 5





Kreisarchiv Stormarn B 2



A b s c h r i f t

E

Antrag Nr. 3456

Akt. Zeich. 8351 Ko 6.

## ANTRAG

auf Gewährung von Haftentschädigung auf Grund des Gesetzes über die Entschädigung für Freiheitsentziehung aus politischen, rassischen, weltanschaulichen oder religiösen Gründen (Haftentschädigungsgesetz vom 16. 8. 49)  
Zur Beachtung: Im Interesse des Antragstellers sind sämtliche Fragen gewissenhaft und ausführlich in lesbarer Schrift zu beantworten!

### I. Personalangaben des Antragstellers

1. Familienname des/der Erbberechtigten: Korte geb. Streit  
(bei Frauen auch Geburtsname)

Vornamen: (Rufnamen unterstreichen) Käthe

2. Gegenwärtige Anschrift: Schmalenbeck, Sickerlandstr.143.

3. Geburtstag: 29.5.1912 Geburtsort: Hamburg  
(unter Angabe des Kreises — der Kreisstadt)

4. Staatsangehörigkeit: Deutsch

5. Wohnsitz am 1. 1. 49: Schmalenbeck Straße und Sickerlandstr.143  
Hausnummer:

Falls nach dem 1. 1. 49 nach Hamburg zugezogen, aus welchen Gründen:

(Rückkehr aus dem Ausland, Emigration, Kriegsgefangenschaft usw.)

6. Haben Sie nach dem 8. 5. 45. außerhalb Hamburgs gewohnt? ja

wo? Schmalenbeck

7. Familienstand: ledig, verheiratet, geschieden, verwitwet, getrennt lebend\*)

8. Anzahl der Kinder: -- Alter: --

9. Beruf: Hausangestellte

10. In welchem Verwandtschaftsverhältnis standen Sie zu dem Erblasser: Tochter

11. Sind Sie im Besitze eines Erbscheines? ja

12. Haben Sie einen Antrag auf Hinterbliebenenrente nach dem Sonderhilfsrentengesetz gestellt? nein  
(Eltern, Witwen- oder Waisenrente)  
Wird diese Rente bereits gezahlt?

13. Personalausweis: Nr. AW Nr. 676661 UZY

14. Sonderhilfsausweis Nr. --

15. Ausweis der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten Nr. --

\*) Jüdischen Gemeinde Nr. --

Notgemeinschaft d. d. d. Nbg. Gesetze Betroffenen Nr. --

Vereinigung d. Verfolgten d. Naziregimes (Komitee) Nr. --

16. Unter welchem Aktenzeichen und Namen läuft in der Wiedergutmachungsstelle bereits eine Akte?

\*) Nichtzutreffendes streichen

Jrørgard Streit  
8351/49 - E 808

SB X 5





Kreisarchiv Stormarn B 2

17. Haben Sie jemals irgendwelche Beziehungen zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen oder angeschlossenen Verbände gehabt, oder haben Sie jemals einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP oder eine ihrer Gliederungen (außer DAF und NSV) gestellt? nein  
Nähere Angaben (Zeitdauer, Mitglieds-Nr., Funktion, Name der Organisationen, Ort der Antragstellung usw.):

18. Waren Sie in der Wehrmacht, Technischen Nothilfe, Organisation Todt, im Arbeitsdienst, Volkssturm oder in ähnlichen Formationen: nein von bis  
Waffengattung: nein letzter Dienstgrad:

## II. Zur Person des Erblassers

19. Familienname des Erblassers: Streit Vorname: Otto

20. Geburtstag: 7.11.80 Geburtsort: Hamburg  
(unter Angabe des Kreises — der Kreisstadt)

21. Staatsangehörigkeit: Deutsch

22. Familienstand: ledig, verheiratet, geschieden, verwitwet, getrennt lebend\*)

23. Anzahl der Kinder 2 Alter: 38 und 42 Jahre

24. Beruf: Kaufmann

25. Hat der Erblasser nach dem 8. 5. 45 außerhalb Hamburgs seinen Wohnsitz gehabt? nein wo?

26. Hatte der Erblasser jemals irgendwelche Beziehungen zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen oder angeschlossenen Verbände gehabt, oder hatte er jemals einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP oder eine ihrer Gliederungen (außer DAF und NSV) gestellt? nein  
Nähere Angaben (Zeitdauer, Mitglieds-Nr., Funktion, Name der Organisationen, Ort der Antragstellung usw.):  
nein

27. War der Erblasser in der Wehrmacht, Technischen Nothilfe, Organisation Todt, im Arbeitsdienst, Volkssturm oder in ähnlichen Formationen: nein  
von bis  
Waffengattung: letzter Dienstgrad?

## III. Zur Sache

28. War der Erblasser in der Zeit zwischen dem 30. 1. 33 und 8. 5. 45 aus Gründen seiner politischen Überzeugung, Weltanschauung, seines Glaubens oder seiner Rasse der Freiheit beraubt oder inhaftiert gewesen? (Als Freiheitsentziehung gilt auch Inhaftierung durch die NSDAP oder eine ihrer Gliederungen, Ghetto, Einweisung in Zwangsarbeitslager bzw. -gruppen, Wehrdienst in Strafbataillonen und -einheiten, haftgleicher Aufenthalt im Verborgenen.) Rasse

\*) Nichtzutreffendes streichen

29.	Dauer der Haft	Art	Ort	Monate	Tage
1.)	<u>Juli 42</u> vom <u>April 43</u> bis	<u>KZ</u>	<u>Theresienstadt</u>	<u>9</u>	
2.)	vom bis				
3.)	vom bis				
4.)	vom bis				
5.)	vom bis				
6.)	vom bis				
7.)	vom bis				
8.)	vom bis				
9.)	vom bis				
10.)	vom bis				
insgesamt:				<u>9</u>	

(Die Haftorte und die Haftzeiten sind in zeitlicher Reihenfolge einzusetzen. Sollte der hierfür vorgesehene Raum nicht ausreichen, ist eine Anlage nach vorstehendem Muster beizufügen.)

30. Welche Beweismittel und Belege (Urteil, Anklageschrift, Entlassungsschein, Bescheinigung der Staatsanwaltschaft, Zeugenerklärungen usw.) können Sie als Unterlagen zu vorstehenden Angaben beibringen und wo befinden sich diese?

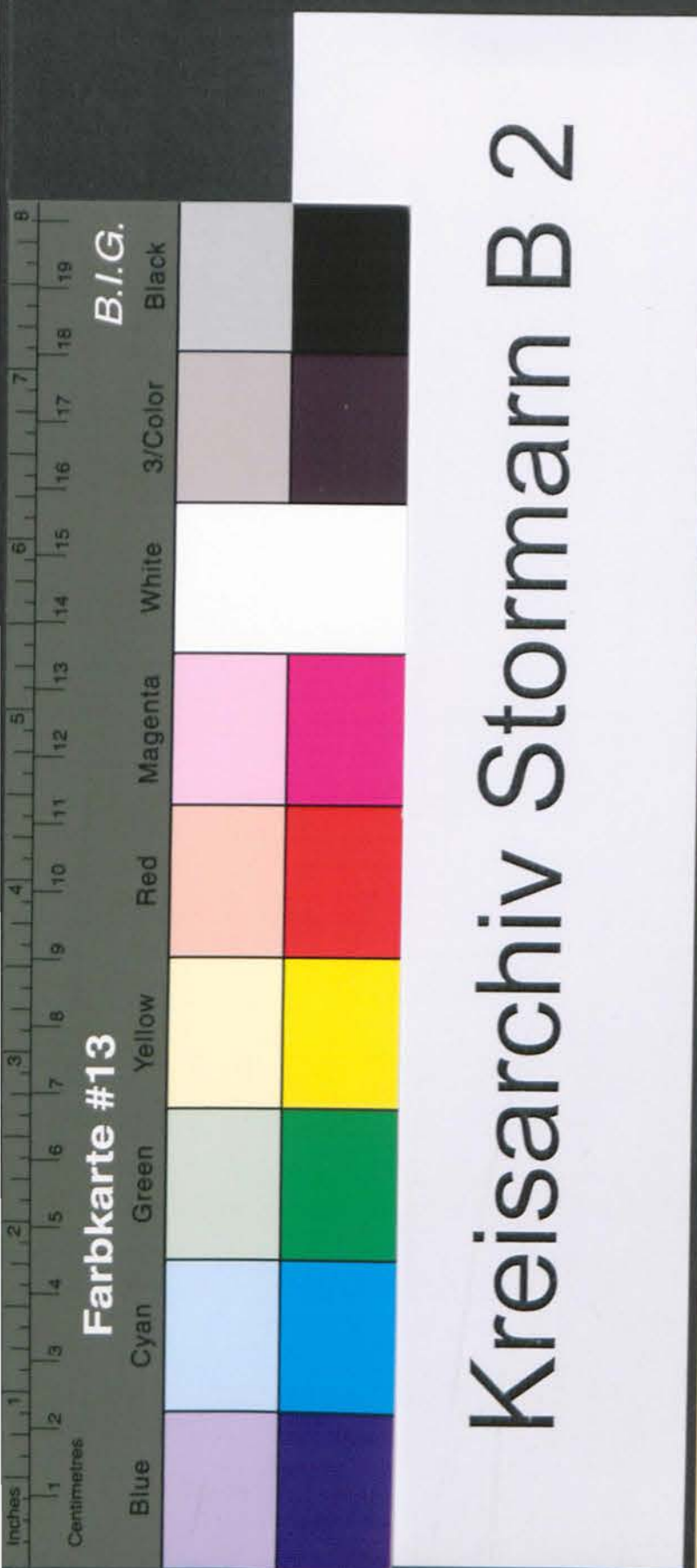
Todeserklärung durch die Jüdische Gemeinde  
Amt für Wiedergutmachung

31. War der Erblasser außerdem gerichtlich vorbestraft? Genaue Angaben (Aktenzeichen, warum, wo und wie lange deswegen inhaftiert?)

32. Haben Sie oder der Erblasser bei Dienststellen oder Behörden außerhalb Hamburgs Ansprüche auf Haftentschädigung, Sonderhilfsrente oder sonstige Wiedergutmachung gestellt? ---

Welche Leistungen haben Sie bzw. der Erblasser erhalten oder erhalten Sie jetzt?





# Kreisarchiv Stormarn B 2

33. Ist Ihnen oder dem Erblasser vom Amt für Wiedergutmachung (Wiedergutmachungsstelle) ein Darlehen gewährt worden? Wann und in welcher Höhe:  
Bereits getilgte Darlehen sind nicht anzugeben.

am. RM/DM  
am. RM/DM  
am. RM/DM  
am. RM/DM  
am. RM/DM  
insgesamt RM  
DM

34. Haben Sie oder der Erblasser anderen Personen, Banken oder Firmen Vollmacht zur Geltendmachung des Haftentschädigungsanspruches erteilt? Genaue Angaben, an wen und welcher Höhe:

Ich erkläre, die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben und bin bereit, sie erforderlichenfalls an Eides Statt als richtig zu versichern. Mir ist bekannt, daß falsche Angaben strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen und den Verlust sämtlicher Wiedergutmachungsrechte zur Folge haben können.

Hamburg, den 28.2.51

gez. Frau Käthe Korte geb. Streit  
(Unterschrift)

\*) Nichtzutreffendes streichen

Es wird hiermit bestätigt, daß Herr/Frau/Fräulein einen Antrag auf Haftentschädigung abgegeben hat. Der Antrag wird zur Bearbeitung an die Wiedergutmachungsstelle weitergereicht werden. Benachrichtigung erfolgt von dort.

Es wird gebeten, im Interesse aller Antragsteller von Rückfragen abzusehen.

Hamburg, den

(Unterschrift)

A b s c h r i f t .

B e s c h l u s s .

Betr.: Antrag der Frau Käthe K o r t e - Az. 8351 St1-9-  
gemäss § 8 des Haftentschädigungsgesetzes.

Der Antrag, gemäss § 8 Abs. 1 des Haftentschädigungsgesetzes eine Ausnahme von den Bestimmungen des § 2 Abs. 4 des Gesetzes zuzulassen, wird abgelehnt.

B e g r ü n d u n g :

Der inzwischen verstorbene Vater der Antragstellerin ist wegen seiner Abstammung mehrere Monate in Haft gewesen. Ihr Antrag, ihr entsprechend ihrem gesetzlichen Erbteil die Haftentschädigung auszuzahlen, ist abgelehnt worden, weil die Antragstellerin sich seit 1943 nicht in Hamburg aufhält.

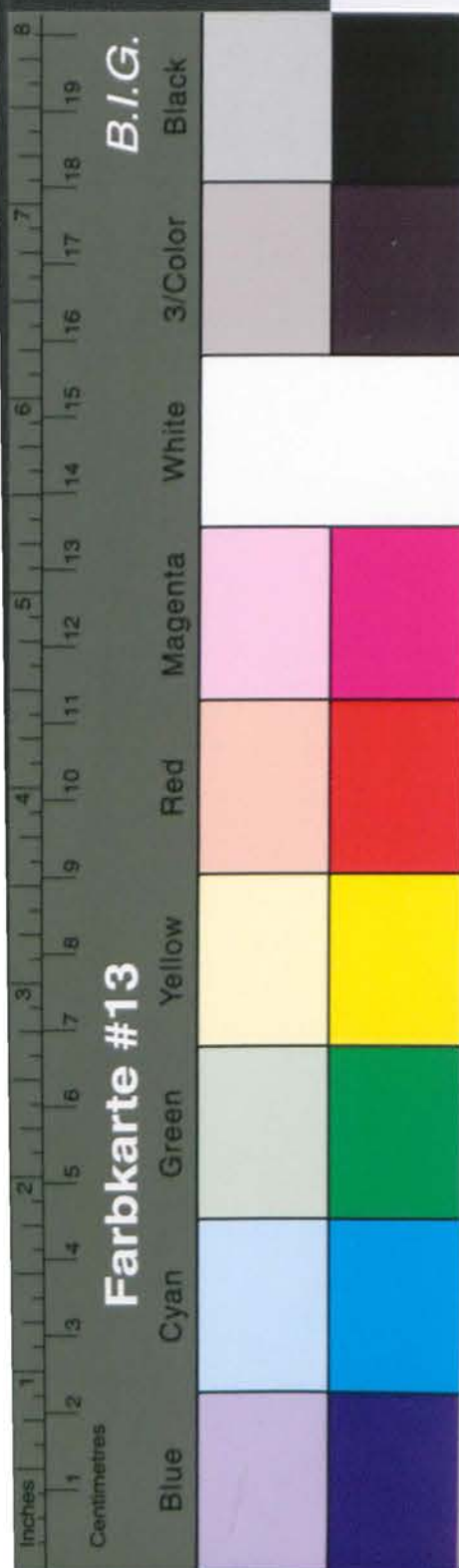
Sie wohnt seitdem in Schleswig-Holstein. Darin, daß ihr deswegen eine Haftentschädigung in Hamburg versagt wird, liegt keine unbillige Härte. Das in Schleswig-Holstein geltende Haftentschädigungsgesetz enthält eine den Bestimmungen des § 8 HEG entsprechende Vorschrift, so dass dort eine Ausnahme zu Gunsten der Antragstellerin möglich wäre, wenn in ihrer Person nicht alle gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Hamburg, den 10. November 1951.

gez. Beyrich      gez. Weidt  
als Beisitzer

gez. Birckholtz  
als Vorsitzender





Kreisarchiv Stormarn B 2

Hansestadt Hamburg  
Sozialbehörde  
Amt für Wiedergutmachung  
Aktenz.: 8351 - Sti-9- E 3456

A b s c h r i f t .

----- Ausfertigung -----

## Beschluss

Auf den Antrag

de r Frau Käthe K o r t e geb. Streit

wohnhaft Schmalenbeck, Sickerlandstr. 143,

geboren am 29.5.1912 in Hamburg

auf Zuerkennung einer Haftentschädigung nach dem Haftentschädigungsgesetz vom 16. August 1949 (Hambg.Ges.-und VO.-Blatt 1949, S. 165) hat das Amt für Wiedergutmachung durch

Frau Dr. Manasse

als Vorsitzenden,

Herrn Hühn,

Herrn Lischka

als Beisitzer,

beschlossen:

~~Der Antragsteller hat sich für eine Haftentschädigung~~

~~von~~

~~nach~~

~~nach~~

~~(in~~

~~Der~~

~~Wegen~~

Der Antrag wird abgelehnt.

Gegen diesen Beschluß ist innerhalb eines Monats nach Zustellung die Beschwerde an das Amt für Wiedergutmachung, Hamburg 36, Drehbahn 36, V. Stock, zulässig.

Der Beschluß wird rechtskräftig, wenn weder der Antragsteller noch die Finanzbehörde fristgemäß Beschwerde einlegen.

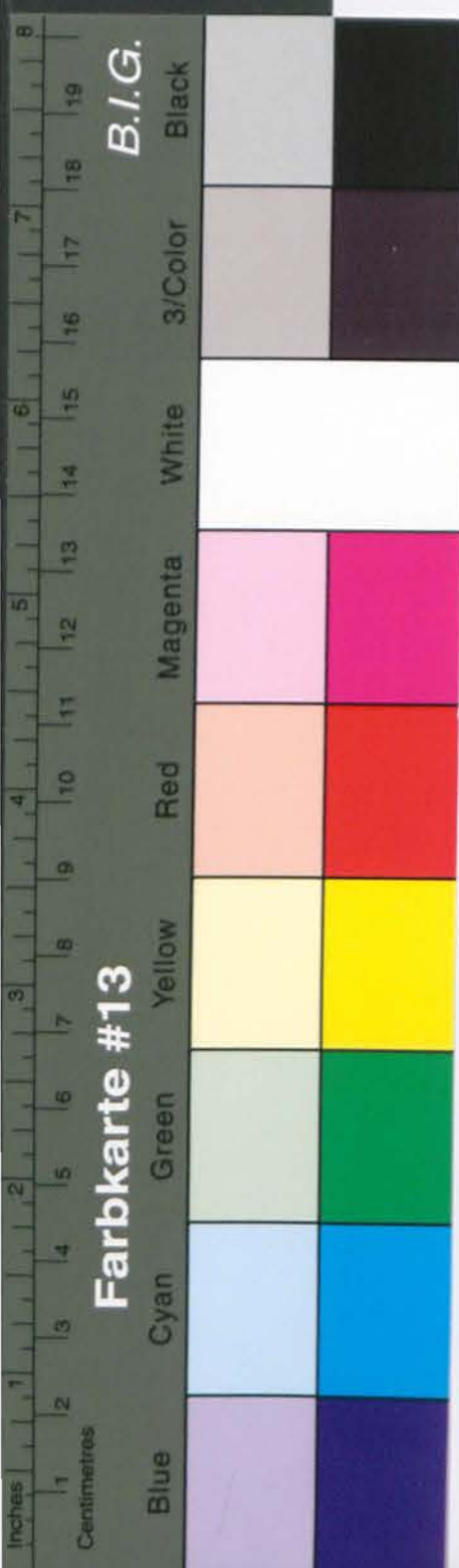
~~Rechtskräftig wird der Beschluß, wenn weder der Antragsteller noch die Finanzbehörde fristgemäß Beschwerde einlegen.~~

Hamburg, den 18. Dezember 19 51.

gez. Dr. Manasse

als Vorsitzender





Kreisarchiv Stormarn B 2

Gründe:

Die Antragstellerin beantragt Haftentschädigung für die Zeit  
von Juli 1942 bis April 1943

mit der Behauptung, dass ihr verstorbener Vater, Herr Otto Streit,  
aus rassischen Gründen während dieser Zeit in Haft gewesen sei.

Der am 2.3.1951 bei dem Amt für Wiedergutmachung eingegangene  
formelle Haftentschädigungsantrag ist als rechtzeitig gestellt zu  
betrachten, da die Antragstellerin in ihrem Wiedergutmachungs-  
antrag vom 10.2.1947 bereits erwähnt hat, dass ihr Vater nach  
Theresienstadt evakuiert worden ist.

Dennoch musste der Antrag gemäss § 2 Abs. 4 HEG abgelehnt werden,  
da die Antragstellerin am 1.1.49 ihren Wohnsitz nicht im  
Gebiet der Hansestadt Hamburg gehabt hat. Die Antragstellerin  
hat zwar gebeten, gemäss § 8 HEG eine Ausnahme von der Vorschrift  
des § 2 Abs. 4 HEG zuzulassen. Dieser Antrag ist jedoch durch  
den Beschluss vom 10.11.1951 abgelehnt worden.

Daher war, wie geschehen, zu erkennen.

gez. Dr. Manasse

Hansestadt Hamburg  
— Sozialbehörde —  
Amt für Wiedergutmachung

B e s c h l u s s .

Betr.: Antrag der Frau Käthe K o r t e - Az. 8351 Sti 9 -  
gemäss § 8 des Haftentschädigungsgesetzes.

Der Antrag, gemäss § 8 Abs. 1 des Haftentschädigungsgesetzes eine  
Ausnahme von den Bestimmungen des § 2 Abs. 4 des Gesetzes zuzu-  
lassen, wird abgelehnt.

B e g r ü n d u n g :

Der inzwischen verstorbene Vater der Antragstellerin ist wegen  
seiner Abstammung mehrere Monate in Haft gewesen. Ihr Antrag,  
ihr entsprechend ihrem gesetzlichen Erbteil die Haftentschädigung  
auszahlen, ist abgelehnt worden, weil die Antragstellerin sich  
seit 1943 nicht in Hamburg aufhält.

Sie wohnt seit-dem in Schleswig-Holstein. Darin, daß ihr deswegen  
eine Haftentschädigung in Hamburg versagt wird, liegt keine unbil-  
lige Härte. Das in Schleswig-Holstein geltende Haftentschädigungs-  
gesetz enthält eine den Bestimmungen des § 8 HEG. entsprechende  
Vorschrift, so daß dort eine Ausnahme zu Gunsten der Antragstellerin  
möglich wäre, wenn in ihrer Person nicht alle gesetzlichen Vor-  
aussetzungen gegeben sind.

Hamburg, den 10. November 1951

gez. Beyrich      gez. Weidt

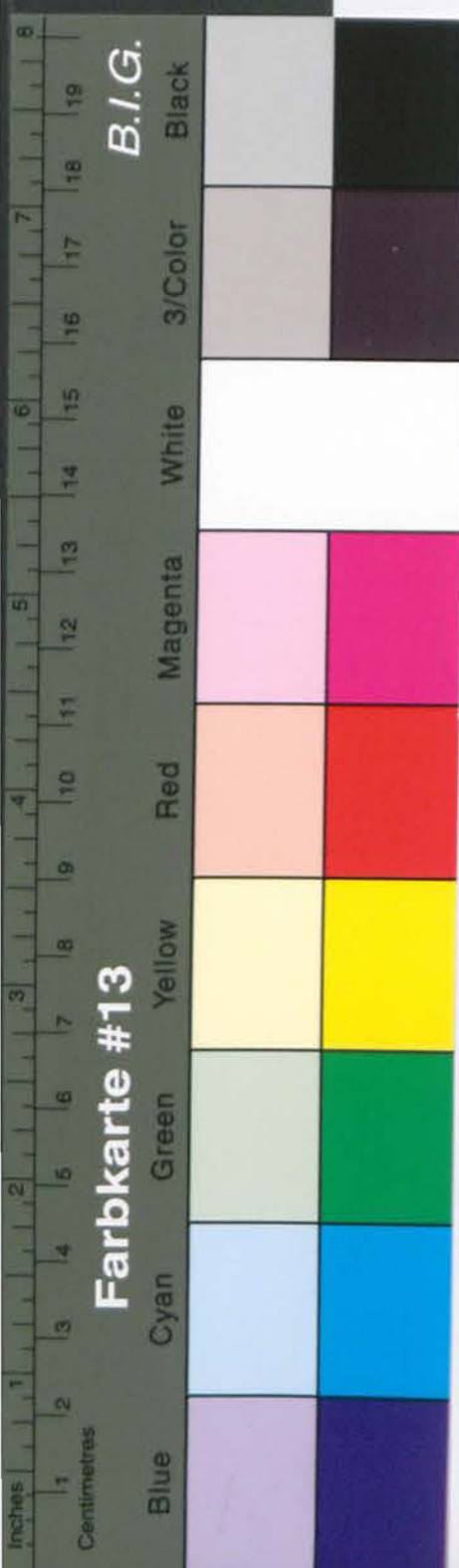
gez. Birkholtz

(Beyrich)      (Weidt)  
als Beisitzer

(Birkholtz)  
als Vorsitzender







Kreisarchiv Stormarn B 2

Hansestadt Hamburg  
Sozialbehörde  
Amt für Wiedergutmachung  
Aktenz.: 8351/49- B 808

2.----- Ausfertigung  
Antragsteller

## Beschluss

Auf den Antrag

de s Fräulein Irmgard S t r e i t

wohnhaft Hamburg, Hoheweide 25

geboren am 22.5.1 908 in Hamburg

auf Zuerkennung einer Haftentschädigung nach dem Haftentschädigungsgesetz vom 16. August 1949 (Hambg.Ges.- und VO.-Blatt 1949, S. 165) hat das Amt für Wiedergutmachung durch

Reg.Assessor Plantener

als Vorsitzenden,  
Ismar Alexander

Erwin Lippmann

als Beisitzer,

beschlossen:

Der Antragsteller erhält für eine Freiheitsentziehung

von 9 (neun) Monaten

als gesetzliche Erbin zu 1/2

nach Abzug von ~~eines Darlehen(s)~~ in Höhe von DM ~~xxxx~~

-noch- eine Haftentschädigung von DM 675.--//

(in Worten Sechshundertfünfundsiebzig Deutsche Mark).

~~Der darüber hinausgehende Teil des Antrages wird abgelehnt.~~

~~Wegen des darüber hinausgehenden Teils des Antrages sind weitere Ermittlungen anzustellen.~~

~~Der Antrag wird abgelehnt.~~

Gegen diesen Beschluß ist innerhalb eines Monats nach Zustellung die Beschwerde an das Amt für Wiedergutmachung, Hamburg 36, Drehbahn 36, V. Stock, zulässig.

Der Beschluß wird rechtskräftig, wenn weder der Antragsteller noch die Finanzbehörde fristgemäß Beschwerde einlegen.

Nach Rechtskraft wird eine weitere, mit Rechtskraftvermerk versehene Ausfertigung dieses Beschlusses zugestellt.

Hamburg, den 11. Juli 1950

gez. Plantener, Reg. Ass.

als Vorsitzender





#### Gründe:

Die Antragstellerin ist am 1.1.1949 in Hamburg wohnhaft gewesen und hat Haftentschädigung beantragt als Hinterbliebene ihres Vaters für die Zeit vom:

19.7.42 bis 6.4.43 (KZ Theresienstadt)

Sie hat behauptet, ihr Vater sei wegen seiner Rasse seiner Freiheit beraubt gewesen.

Die Antragstellerin und ihr verstorbener Vater sind nach den glaubhaften Angaben der Antragstellerin politisch unbelastet und nicht wegen allgemeiner Vergehen vorbestraft.

Die Antragstellerin ist als Hinterbliebene und Erbin zu 1/2 ausgewiesen (Erbschein Bl. 10 und Verzichtserklärung Bl. 23 d.A.)

Zum Nachweis der Freiheitsentziehung haben dem Ausschuss vorgelegen:

Der Beschluss des Amtsgerichts Hamburg (Bl. 3 d.A.) und die Bescheinigung der Jüdischen Gemeinde Hamburg (Bl. 13 d.A.)

Der Ausschuss hat es danach als erwiesen angesehen, dass die Antragstellerin der Berechtigten für die Dauer von 9 Monaten wegen seiner Rasse seiner Freiheit beraubt gewesen ist. Der Antragstellerin war daher als Erbin zu 1/2 eine Haftentschädigung von DM 675.-- zuzuerkennen.

gez. Plantener, Reg. Assessor



Angefertigt

Hansestadt Hamburg  
Sozialbehörde  
Amt für Wiedergutmachung  
Aktenz.: 8351 Stl 9 E/3456

2. Ausfertigung  
Antragstellerin

Drehbahn Limmer 449

#### Beschluss

Auf den Antrag

der Frau Käthe Korte geb. Streit

wohnhaft Schmalenbeck, Sickerlandstr. 143,

geboren am 29.5.1912 in Hamburg

auf Zuerkennung einer Haftentschädigung nach dem Haftentschädigungsgesetz vom 16. August 1949 (Hambg. Ges.- und VO.-Blatt 1949, S. 165) hat das Amt für Wiedergutmachung durch

Frau Dr. Manasse  
als Vorsitzenden,

Herrn Hühn

Herrn Lischka  
als Beisitzer,

beschlossen:

~~Der Antrag wird abgelehnt.~~  
~~Gegen diesen Beschluss ist innerhalb eines Monats nach Zustellung die Beschwerde an das Amt für Wiedergutmachung, Hamburg 36, Drehbahn 36, V. Stock, zulässig.~~  
~~Der Beschluss wird rechtskräftig, wenn weder der Antragsteller noch die Finanzbehörde fristgemäß Beschwerde einlegen.~~  
~~Hamburg, den 18. Dezember 1951.~~

Der Antrag wird abgelehnt.

Gegen diesen Beschluss ist innerhalb eines Monats nach Zustellung die Beschwerde an das Amt für Wiedergutmachung, Hamburg 36, Drehbahn 36, V. Stock, zulässig.

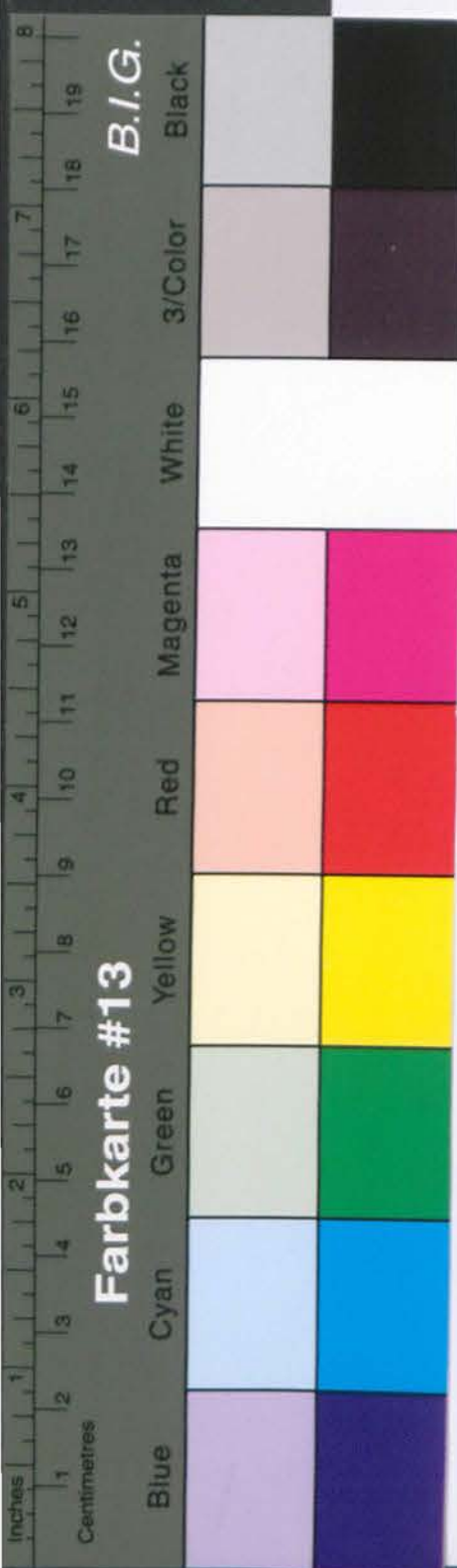
Der Beschluss wird rechtskräftig, wenn weder der Antragsteller noch die Finanzbehörde fristgemäß Beschwerde einlegen.

~~Hamburg, den 18. Dezember 1951.~~

Hamburg, den 18. Dezember 1951.

gez. Dr. Manasse  
als Vorsitzender





# Kreisarchiv Stormarn B 2

## Gründe:

Die Antragstellerin beantragt Haftentschädigung für die Zeit  
von Juli 1942 bis April 1943

mit der Behauptung, dass ihr verstorbener Vater, Herr Otto Streit,  
aus rassistischen Gründen während dieser Zeit in Haft gewesen ist.

Der am 2.3.1951 bei dem Amt für Wiedergutmachung eingegangene  
formelle Haftentschädigungsantrag ist als rechtzeitig gestellt zu  
betrachten, da die Antragstellerin in ihrem Wiedergutmachungsan-  
trag vom 10.2.1947 bereits erwähnt hat, dass ihr Vater nach There-  
sienstadt evakuiert worden ist.

Dennoch musste der Antrag gemäss § 2 Abs.4 HEG abgelehnt werden,  
da die Antragstellerin am 1.1.1949 ihren Wohnsitz nicht im Gebiet  
der Hansestadt Hamburg gehabt hat. Die Antragstellerin hat zwar  
gebeten, gemäss § 8 HEG eine Ausnahme von der Vorschrift des  
§ 2 Abs.4 HEG zuzulassen. Dieser Antrag ist jedoch durch den  
Beschluss vom 10.11.1951 abgelehnt worden.

Daher war, wie geschehen, zu erkennen.

gez. (Dr. Manasse)



Protokoll

*Käthe Korte*  
*Schmalenbeck*  
*Stickerlandstr. 143*

Ich erkläre hiermit, daß  
Leistungen von der Lande  
gen habe.

a) Darlehen in RM	am
b) Beihilfen in RM	am
c) Darlehen in DM	am
d) Beihilfen in DM	am

*Ich habe bisher keine  
Schaden: Familienhilfe  
.....  
Stickerlandstr. 143*

Hansestadt Hamburg — Sozialbehörde

Aktenz. 8351 Stt 9

Hierbei einen Vordruck  
zur Zustellungsurkunde  
Vereinachte Zustellung  
Zugestellt am 22/10/1951 in  
Stickerlandstr. 143  
Schmalenbeck

**Zustellungsurkunde**

An Frau  
Käthe Korte

NOTOPFER  
2 BERLIN  
STAMP

11/11/1952

des Kreisarchivs Stormarn

Beisitzer

des Stormarn

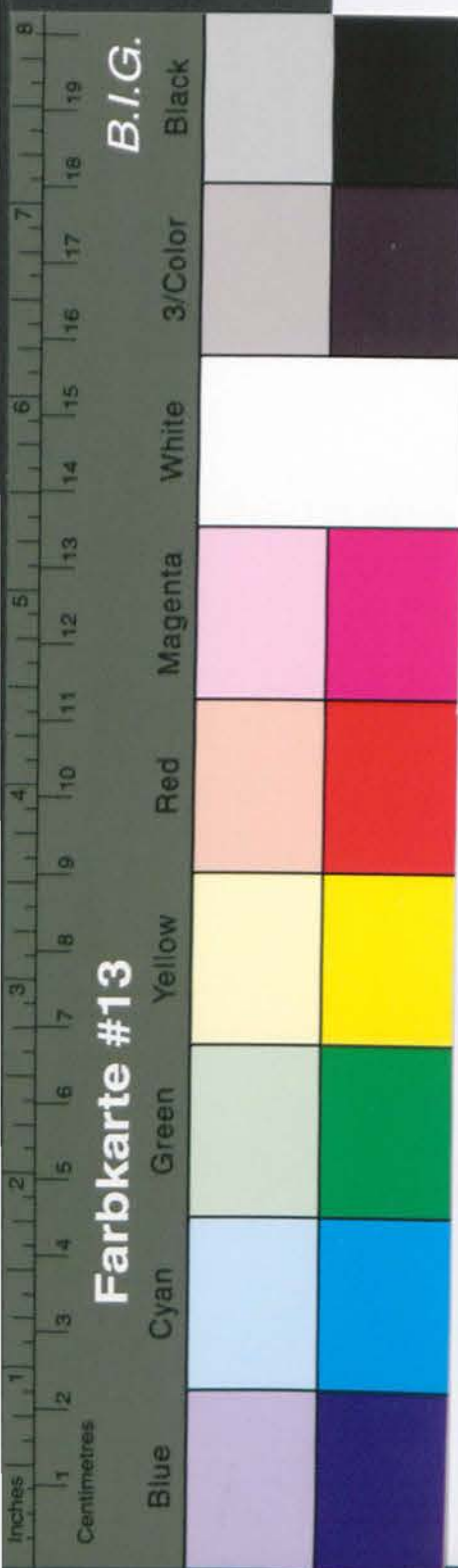
Vorsitzender,  
stellv. Beisitzer,  
Beisitzer,  
Geschäftsführer.

Käthe Korte in

beschliesst einstimmig,  
Ausnahmegenehmigung zu  
erteilen, dass der  
Antrag in Höhe von

1951 bei dem Amt für  
Haftentschädigung nach  
Antrag wurde mit Beschluss  
allerin nicht am  
1.1.1949, sondern bereits  
Schwester der Antrag-  
stellerin Betrag von 675.--  
ihren Vater bewilligt  
des Landes Schleswig-Holstein  
le besonders stark  
rechtmäßige Ansprüche  
Stickerlandstr. 143 wohnhafte Frau  
befürwortet daher, eine  
Haftentschädigungsgesetzes  
Antrag in Höhe von  
Betrag auch an die  
Wiedergutmachung Hamburg





## Kreisarchiv Stormarn B 2

### Gründe:

Die Antragstellerin beantragt Haftentschädigung für die Zeit  
von Juli 1942 bis April 1943

mit der Behauptung, dass ihr verstorbener Vater, Herr Otto Streit,  
aus rassistischen Gründen während dieser Zeit in Haft gewesen ist.

Der am 2.3.1951 bei dem Amt für Wiedergutmachung eingegangene  
formelle Haftentschädigungsantrag ist als rechtzeitig gestellt zu  
betrachten, da die Antragstellerin in ihrem Wiedergutmachungsan-  
trag vom 10.2.1947 bereits erwähnt hat, dass ihr Vater nach There-  
sienstadt evakuiert worden ist.

Dennoch musste der Antrag gemäss § 2 Abs.4 HEG abgelehnt werden,  
da die Antragstellerin am 1.1.1949 ihren Wohnsitz nicht im Gebiet  
der Hansestadt Hamburg gehabt hat. Die Antragstellerin hat zwar  
gebeten, gemäss § 8 HEG eine Ausnahme von der Vorschrift des  
§ 2 Abs.4 HEG zuzulassen. Dieser Antrag ist jedoch durch den  
Beschluss vom 10.11.1951 abgelehnt worden.

Daher war, wie geschehen, zu erkennen.



Hansestadt Hamburg  
— Sozialbehörde —  
Amt für Wiedergutmachung.  
Hamburg 36  
Deubahn 36 V, Zimmer 414  
Telefon:

### Protokoll

Ich erkläre hiermit, dass ich folgende / keine Wiedergutmachungs-  
leistungen von der Landesregierung Schleswig - Holstein empfan-  
gen habe.

- |                    |          |            |    |
|--------------------|----------|------------|----|
| a) Darlehen in RM  | am ..... | Höhe ..... | DM |
| b) Beihilfen in RM | am ..... | Höhe ..... | RM |
| c) Darlehen in DM  | am ..... | Höhe ..... | DM |
| d) Beihilfen in DM | am ..... | Höhe ..... | DM |

*Ich habe bisher keinerlei Leistungen von der Landesregierung Schleswig-Holstein empfangen. Unterschrift: Käthe Korte, den 9. Feb. 1952. (Unterschrift)*

esses Stormarn

Vorsitzender,  
stellv. Beisitzer,  
Beisitzer,  
Geschäftsführer.

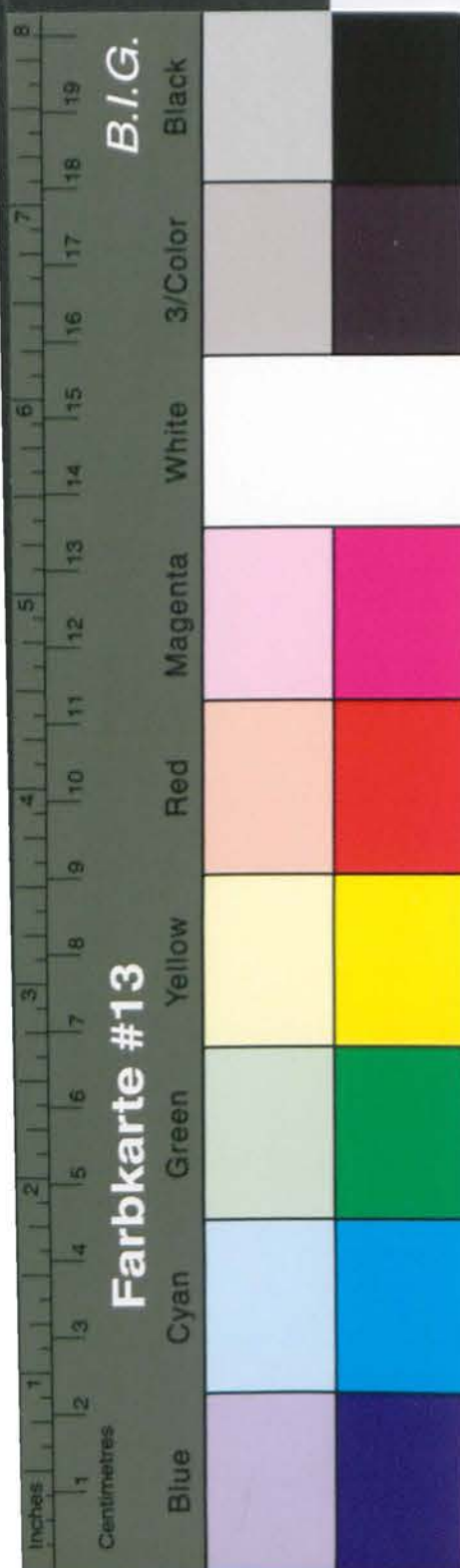
Käthe Korte in

beschliesst einstimmig,  
Ausnahmegenehmigung zu  
antworten, dass der  
Schädigung in Höhe von

1951 bei dem Amt für  
Haftentschädigung nach  
Antrag wurde mit Beschluss  
stellerin nicht am  
ar, sondern bereits  
Schwester der Antrag-  
einen Betrag von 675.--  
rbenen Vater bewilligt  
es Landes Schleswig-Holstein  
lle besonders stark  
rechtigte Ansprüche  
lstein wohnhafte Frau  
befürwortet daher, eine  
schädigungsgesetzes  
ädigung in Höhe von  
er Betrag auch an die  
utmachung Hamburg

Beisitzer.





## Kreissarchiv Stormarn B 2

### Gründe:

Die Antragstellerin  
von Juli

mit der Behauptung  
aus rassistischen Grü

Der am 2.3.1951 be  
formelle Haftentsc  
betrachten, da die  
trag vom 10.2.1947  
sienstadt evakuie

Dennoch musste der  
da die Antragstell  
der Hansestadt Ham  
gebeten, gemäss §  
§ 2 Abs.4 HEG zuzu  
Beschluss vom 10.1

Daher war, wie ges



### Protokoll

der 90. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn  
am 25. Januar 1952.

Es waren anwesend:

- a) Herr Biège
- b) Herr Rughase,
- c) Herr von Schönning,
- d) Herr Dabelstein,

Vorsitzender,  
stellv. Beisitzer,  
Beisitzer,  
Geschäftsführer.

Vorlage: Haftentschädigungsantrag der Frau Käthe K o r t e in  
Schmalenbeck.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig,  
gemäss § 7 die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zu  
befürworten und weiter zu befürworten, dass der  
Haftentschädigung in Höhe von  
rd.

Bestell-Nr. 12/07 - Allgem. Aufenthaltsbescheinigung  
Gemeindeverordnungs-Verlag - 1/54/20

(Gebührenfrei)

GENEHE  
GEMEINDE  
STORMARN

ist vom 14. August 1943 bis jetzt ununterbrochen  
in Großhansdorf, Kr. Stormarn gemeldet

Großhansdorf, den 13.2.1952

Gemeindeverwaltung für Stormarn  
Einwohnermeldeamt  
(Bezeichnung der Meldebüro)

K. Korte  
(Unterschrift)

stellv. Beisitzer.

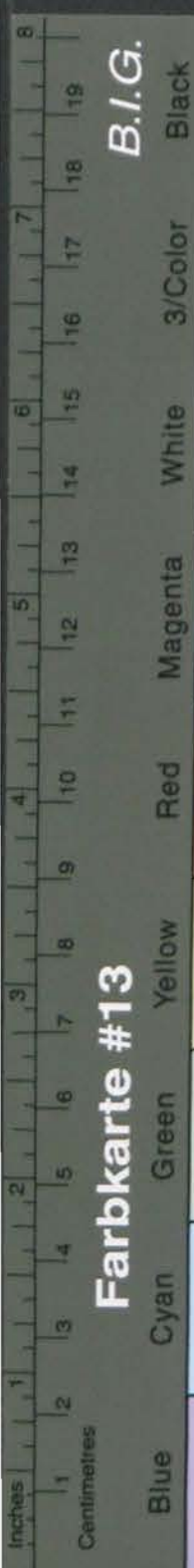
14

at am 2.3.1951 bei dem Amt für  
Antrag auf Haftentschädigung nach  
t. Dieser Antrag wurde mit Beschluss  
ie Antragstellerin nicht am  
gemeldet war, sondern bereits  
stein. Die Schwester der Antrag-  
11.7.1951 einen Betrag von 675.--  
rem verstorbenen Vater bewilligt  
Gesetze des Landes Schleswig-Holstein  
egenden. Falle besonders stark  
ellerin berechnigte Ansprüche  
hleswig-Holstein wohnhafte Frau  
ausschuss befürwortet daher, eine  
es Haftentschädigungsgesetzes  
Haftentschädigung in Höhe von  
wie dieser Betrag auch an die  
Ur Wiedergutmachung Hamburg

Biège  
Vorsitzender.

Beisitzer





# Kreisarchiv Stormarn B 2

## Gründe:

Die Antragstellerin  
von Juli

mit der Behauptung  
aus rassistischen Grün

Der am 2.3.1951 be  
formelle Haftentsc  
betrachten, da die  
trag vom 10.2.1947  
sienstadt evakuie

Dennoch musste der  
da die Antragstell  
der Hansestadt Ham  
gebeten, gemäss §  
§ 2 Abs.4 HEG zuzu  
Beschluss vom 10.1.

Daher war, wie ges



## Protokoll

der 90. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn  
am 25. Januar 1952.

Es waren anwesend:

- |                       |                    |
|-----------------------|--------------------|
| a) Herr Siège         | Vorsitzender,      |
| b) Herr Kughase,      | stellv. Beisitzer, |
| c) Herr von Schöning, | Beisitzer,         |
| d) Herr Dabelstein,   | Geschäftsführer.   |

Vorlage: Haftentschädigungsantrag der Frau Käthe Korte in  
Schmalenbeck.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig,  
gemäss § 7 die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zu  
befürworten und weiter zu befürworten, dass der  
Antragstellerin eine Haftentschädigung in Höhe von  
675.-- DM gezahlt wird.

## Begründung:

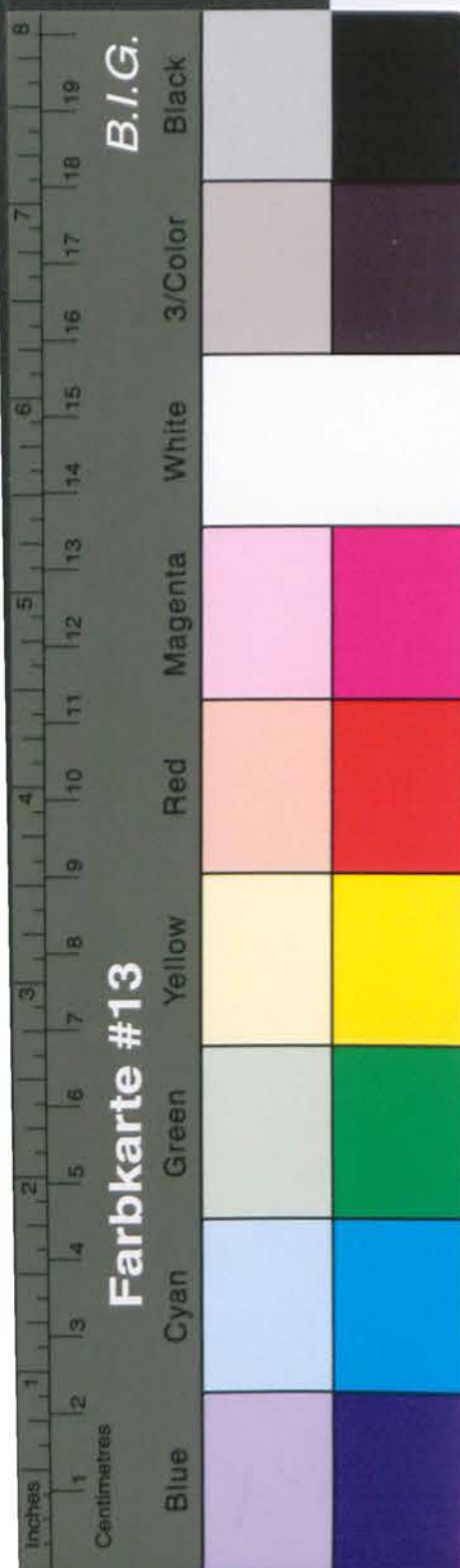
Die Antragstellerin hat am 2.3.1951 bei dem Amt für  
Wiedergutmachung in Hamburg den Antrag auf Haftentschädigung nach  
ihrem verstorbenen Vater gestellt. Dieser Antrag wurde mit Beschluss  
vom 18.12.1951 abgelehnt, weil die Antragstellerin nicht am  
1.1.1949 in Hamburg polizeilich gemeldet war, sondern bereits  
seit 1943 in Lande Schleswig-Holstein. Die Schwester der Antrag-  
stellerin hat mit Beschluss vom 11.7.1951 einen Betrag von 675.--  
DM als Haftentschädigung nach ihrem verstorbenen Vater bewilligt  
erhalten. Die verschiedenartigen Gesetze des Landes Schleswig-Holstein  
und Hamburg machen sich im vorliegenden Falle besonders stark  
bemerkbar, während eine Antragstellerin berechnete Ansprüche  
stellen kann und die im Lande Schleswig-Holstein wohnhafte Frau  
Korte nicht. Der Kreissonderhilfeausschuss befürwortet daher, eine  
Ausnahmegenehmigung gemäss § 7 des Haftentschädigungsgesetzes  
zu erteilen und Frau Korte eine Haftentschädigung in Höhe von  
ebenfalls 675.-- DM auszuzahlen, wie dieser Betrag auch an die  
Schwester, Fri. Streit vom Amt für Wiedergutmachung Hamburg  
bewilligt wurde.

*Siège*  
Vorsitzender.

*Kughase*  
stellv. Beisitzer.

*von Schöning*  
Beisitzer.





# Kreisarchiv Stormarn B 2

Bad Oldesloe, den 24. Oktober 1952.

## Protokoll -.-.-.-.-

der 94. Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses Stormarn am  
24. Oktober 1952.

Es waren anwesend:

- a) Herr Siege,
- b) Frau Hilmann,
- c) Herr Rughase,
- d) Herr Dabelstein,

Vorsitzender,  
Beisitzerin,  
stellv. Beisitzer,  
Geschäftsführer.

Vorlage: Beschluss des Sonderhilfsausschusses des Landes in Sachen  
Frau Käthe K o r t e in Schmalenbeck.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss nahm von dem Beschluss, wonach  
die Ausnahmegenehmigung hinsichtlich der Haftentschädigung  
für Frau Korte erteilt wurde, Kenntnis.

*Erika Hilmann*  
Beisitzerin.  
Vorsitzender.

*Rughase*  
stellv. Beisitzer.





# Kreisarchiv Stormarn B 2

Der Kreisarchiv Stormarn B 2

Protokoll

der 90. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn  
am 25. Januar 1952.

Es waren anwesend:

Vorsitzender,  
stellv. Beisitzer,  
Beisitzer,  
Geschäftsführer.

a) Herr Siege  
b) Herr Rughase  
c) Herr von Schönning  
d) Herr Dabelstein

Vorlage: Haftentschädigungsantrag der Frau Käthe K o r t e in  
Schmalenbeck.  
Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig,  
gemäß § 7 die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zu  
beurworten und weiter zu beurworten, dass der  
Antragstellerin eine Haftentschädigung in Höhe von  
675.-- DM gezahlt wird.

## Protokoll

der 90. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn  
am 25. Januar 1952.

Es waren anwesend:

a) Herr Siege  
b) Herr Rughase  
c) Herr von Schönning  
d) Herr Dabelstein

Vorsitzender,  
stellv. Beisitzer,  
Beisitzer,  
Geschäftsführer.

Vorlage: Haftentschädigungsantrag der Frau Käthe K o r t e in  
Schmalenbeck.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig,  
gemäß § 7 die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zu  
beurworten und weiter zu beurworten, dass der  
Antragstellerin eine Haftentschädigung in Höhe von  
675.-- DM gezahlt wird.

## Begründung:

Die Antragstellerin hat am 2.3.1951 bei dem Amt für  
Wiedergutmachung in Hamburg den Antrag auf Haftentschädigung nach  
ihrem verstorbenen Vater gestellt. Dieser Antrag wurde mit Beschluss  
vom 18.12.1951 abgelehnt, weil die Antragstellerin nicht am  
1.1.1949 in Hamburg polizeilich gemeldet war, sondern bereits  
seit 1943 im Lande Schleswig-Holstein. Die Schwester der Antrag-  
stellerin hat mit Beschluss vom 11.7.1951 einen Betrag von 675.--  
DM als Haftentschädigung nach ihrem verstorbenen Vater bewilligt  
erhalten. Die verschiedenen Gesetze des Landes Schleswig-Holstein  
und Hamburg machen sich im vorliegenden Falle besonders stark  
bemerkbar, während eine Antragstellerin berechnete Ansprüche  
stellen kann und die im Lande Schleswig-Holstein wohnhafte Frau  
Korte nicht. Der Kreissonderhilfeausschuss befürwortet daher, eine  
Ausnahmegenehmigung gemäß § 7 des Haftentschädigungsgesetzes  
zu erteilen und Frau Korte eine Haftentschädigung in Höhe von  
ebenfalls 675.-- DM auszusuchen, wie dieser Betrag auch an die  
Schwester, Frl. Streit vom Amt für Wiedergutmachung Hamburg  
bewilligt wurde.

gez. Siege  
Vorsitzender.

gez. Rughase  
stellv. Beisitzer.

gez. v. Schönning  
Beisitzer.





Landesregierung Schleswig - Holstein

Der Landesminister des Innern

I 16 - f - Ba. /Cb.  
Ref. ~~144~~ - Pol. Wi. Gu.

Kiel, den 15. August

19

A b s c h r i f t

Herrn/Frau

Köte K o r t e  
für Ihren verstorbenen Vater  
Otto Streit,

in Schmalenbeck  
Sicherlandstrasse 149

gem. § 3, Abs. 2 des Haftentschädigungsgesetzes vom 4. 7. 49.

600. — DM

in Worten: *Sechshundert Deutsche Mark*

1949/50	DM
1950/51	DM
1951/52	DM
1952/53	DM

Nach § 2 Abs. 3 des Gesetzes steht Ihnen gegen diesen Feststellungsbescheid in Bezug auf die ermittelte Haftzeit das Recht der Beschwerde bei dem SHA. des Landes zu.

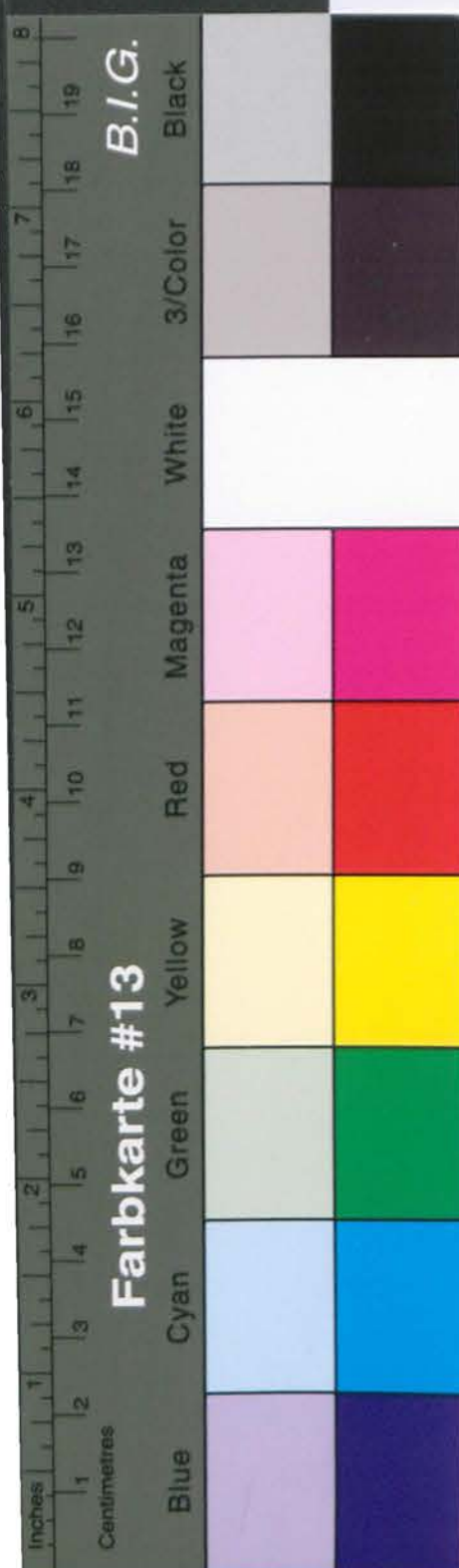
*Innerhalb eines Monats nach Zustellung des Bescheides*

Auszahlung erfolgt voraussichtlich  
September / Oktober 1952.

Im Auftrag







# Kreisarchiv Stormarn B 2

An den Herrn Landrat  
für den Kreis Stormarn  
- Kreissonderhilfsausschuss -

Bad Oldesloe

Vorstehende Abschrift wird zur Kenntnisnahme übersandt.

Der Sonderhilfsausschuss des Landes hat in seiner Sitzung vom 20.6.1952 entschieden: Der Antragstellerin wird die beantragte Ausnahmegenehmigung erteilt. Sie hat Anspruch auf Zahlung der Haftentschädigung in Höhe von 600.- DM

Im Auftrage:

*[Handwritten signature]*

## Haftentschädigung

Sonderhilfsausschuß Kreis Stormarn

- |     |  |                                      |
|-----|--|--------------------------------------|
| 1.  | Name - <u>K o r t e - geb. Streit</u>  | Vorname <u>Käte</u>                  |
| 2.  | Geburtsort <u>Hamburg</u>  | geb. am <u>29.5.1912</u>             |
| 3.  | Wohnort <u>Schmalenbeck</u>  | Straße <u>Stickerlandstrasse 143</u> |
| 4.  | Früherer Wohnort   |                                      |
| 5.  | jetzige Tätigkeit (Beruf)  |                                      |
| 6.  | Einkommen  | Gehalt bzw. Lohn DM                  |
|     |  | OdN-Rente DM                         |
|     |  | sonst. Einkommen DM                  |
| 7.  |  | Summe DM                             |
| 8.  | Gesamthaftzeit Monate  |                                      |
|     | davon Monate Zuchthaus   |                                      |
|     | " " Konzentrationslager  |                                      |
|     | " " Gefängnis  |                                      |
|     | " " U.Haft   |                                      |
|     | " " Ghetto   |                                      |
|     | " " Militärhaft  |                                      |
|     | " " B.B.   |                                      |
|     | " " Parteihaft   |                                      |
| 9.  | Von Kr.SHA. anerkannt am   | unter Nr. ....                       |
| 10. | 2. Anerkennung auf Grund des Gesetzes Nr. 38 vom 4. 3. 48 am                                 |                                      |
| 11. | **) Auf Grund des Haftentschädigungsgesetzes werden für eine Entschädigung anerkannt Monate. |                                      |
| 12. | Der SHA. schlägt vor zu zahlen im Jahre 1949   | DM                                   |
|     |  | 1950 DM                              |
|     |  | 1951 DM                              |
|     |  | 1952 DM                              |
| 13. | Bemerkungen:   |                                      |

\*) Nr. 1-13 vom SHA. zu beantworten.

\*\*) Nur volle Haftmonate sind anzugeben.





# Kreisarchiv Stormarn B 2

600.- DM

Auf Grund der festgestellten Haftmonate sind zu zahlen	600.-	DM	14.
Auf die Haftentschädigung sind anzurechnen:			
Darlehen vom		DM	15.
" "		DM	
" "		DM	
Bleiben zu zahlen	600.-	DM	16.
Im Jahre 1949 sind zu zahlen		DM	17.
" 1950 " " "		DM	
" 1951 " " "		DM	
" 1952 " " "	600.-	DM	
Der Haftentschädigungsanspruch wurde anerkannt vom Ministerium des Innern			
am	August 1952		18.
Feststellungsbescheid wurde dem Antragsteller erteilt am	August 1952		19.
Es wurden gezahlt am		DM	
" " " " "		DM	
" " " " "		DM	
" " " " "		DM	
" " " " "		DM	
" " " " "		DM	

1. Februar 1952.

Genehmigung

Geb. Strelt

Hamburg

bis jetzt ununterbrochen

Stormarn

13.2.1952

Verwaltung Großhansdorf

Einwohnermeldeamt

(Unterbreit)

(Stelzner)

Betr.: Mietsorgesache Frau Käthe K o r t e.  
Bezug: Dortiges Schreiben vom 2.2.1952.  
In der Anlage übersendet die Gemeindeverwaltung die gewünschte Bescheinigung in doppelter Ausfertigung.

An den  
Herrn Landrat des Kreises Stormarn  
- Sozial- und Jugendamt -  
Bad Oldesloe

19

Gemeinde Großhansdorf  
- Der Bürgermeister -  
Abtl. 1a/III

4-7/3 nicht

Großhansdorf, den 13.2.52

Stormarn

sender,  
Beisitzer,  
ser,  
Führer.

the K o r t e in

lesst einstimmig,  
Genehmigung zu  
n, dass der  
ung in Höhe von

bei dem Amt für  
entschädigung nach  
wurde mit Beschluss  
rin nicht an  
ondern bereits  
ester der Antrag-  
Betrag von 675.--  
a Vater bewilligt  
ndes Schleswig-Holstein  
asonders stark  
igte Ansprüche  
n wohnhafte Frau  
rwortet daher, eine  
igungsgesetzes  
ng in Höhe von  
rag auch an die  
hung Hamburg

Beisitzer.

23







Kreisarchiv Stormarn B 2



Auf Grund der festgestellt  
Auf die Haftentschädigung

Der Haftentschädigungsans

Feststellungsbescheid wurde

Ahrensburg, den 195  
Ahrensburgerstraße 4 (Baracke)  
Telefon: Ahrensburg 106  
Bankkonto: Kreisparkkasse Stormarn, Hauptwerkstätte Ahrensburg.  
Konto-Nr. 17659  
Postcheckkonto: Hamburg 11851

Amt  
Ahrensburg-Land

Abt.:  
G.Z.:

Handwritten notes and stamps on the left page, including a date stamp '20. FEB. 1952' and a signature.

SS. IX 29/9 H

Anschrift: Hamburg 1, Ernst-Merck-Straße 9-21 (Bieberhaus), Fernsprecher: 24 80 11. Zahlungen an »Sozialbehörde (Amtskasse)«, Bankkonto: Hamburgische Landesbank, Girozentrale, Konto-Nr. 363, Postcheckkonto: Hamburg 1148, Kassenstunden 8-13 Uhr, sonntags 8-12 Uhr. Bei Antwortschreiben ist das obige Aktenzeichen anzugeben.

(Mitte)  
Oberregistrationsrat

3 Anlagen

In der Haftentschädigungssache Frau Käthe Korte in Schmalenbeck werden Ihnen anliegend je eine Abschrift des E-Antrages vom 28.2.51, des Beschlusses vom 18.12.51 sowie des Beschlusses vom 10.11.51 überreicht.

Betr.: Haftentschädigung Frau Käthe Korte.  
Bezug: Dort.Schr. v. 1.2.52 - 4-1/9 Korte-D./-

An den  
Kreis Stormarn,  
-Kreisausschuss-  
-Sonderhilfsausschuss-  
Bad Oldesloe.

Hamburg 36, den 15.2.52.  
Drehbahn 36  
Tel. 34 12 51

Sozialbehörde  
Amt für Wiedergutmachung  
Mi/E.  
Az. 8351 - Ko-6-1a-

HANSESTADT HAMBURG

1. Februar 1952.

Beisitzer.

Bei dem Amt für  
entschädigung nach  
wurde mit Beschluss  
in nicht am  
ndern bereits  
ster der Antrag-  
Betrag von 675.---  
Vater bewilligt  
des Schleswig-Holstein  
sonders stark  
gte Ansprüche  
wohnhafte Frau  
wortet daher, eine  
Gungsgesetzes  
g in Höhe von  
ag auch an die  
ung Hamburg

he Korte in  
esst einstimmig,  
inegenehmigung zu  
i, dass der  
ag in Höhe von

ender,  
Beisitzer,  
er,  
Kreisleiter.

Stormarn

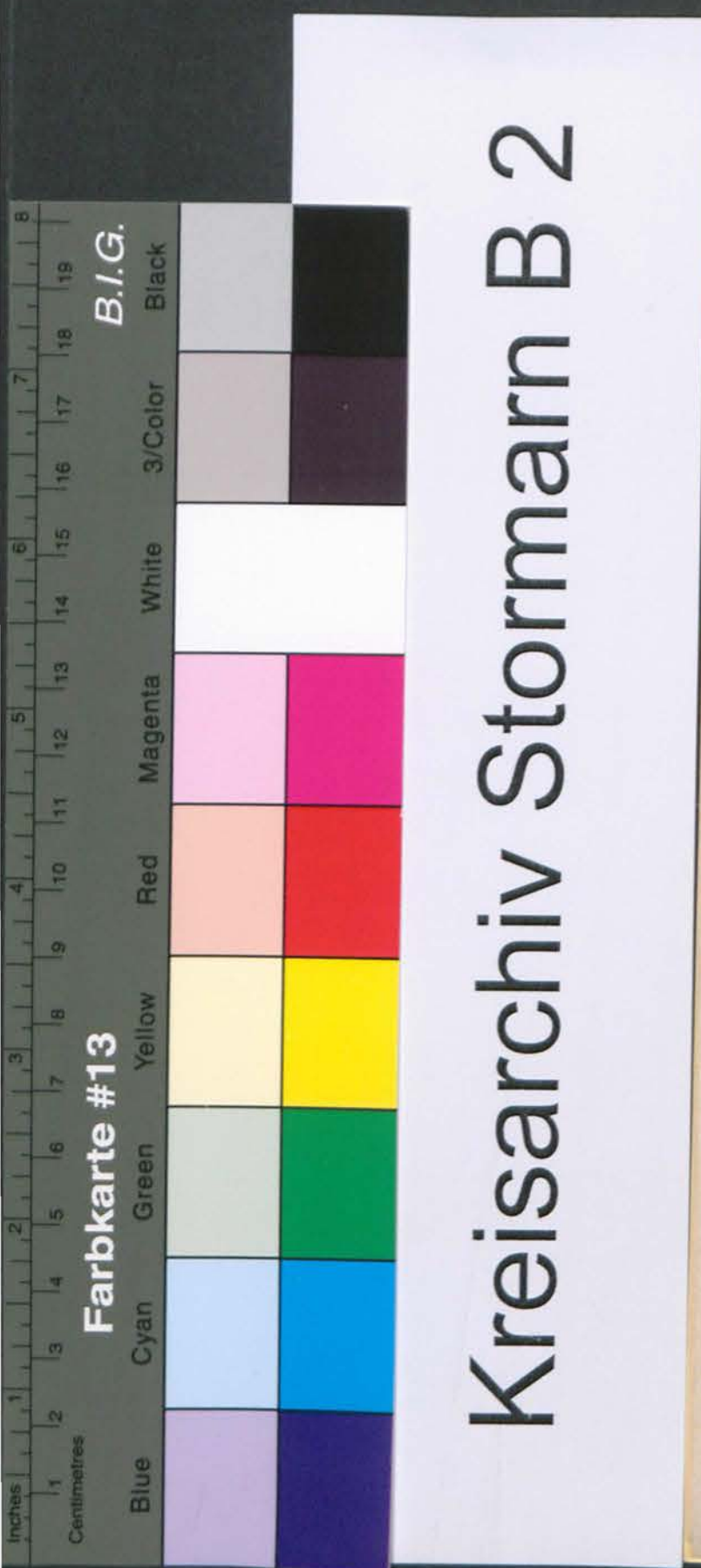
Frau Käthe Korte

den Antrag auf Haft-  
überlassung der

ndrates;

72. 11





# Kreisarchiv Stormarn B 2

Auf Grund der festgestellt  
Auf die Haftentschädigung

Der Haftentschädigungsans  
Feststellungsbescheid wurde

## Protokoll der 90. Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses Stormarn am 25. Januar 1952.

Es waren anwesend:

- a) Herr Biège
- b) Herr Rughase,
- c) Herr von Schönning,
- d) Herr Dabelstein,

Vorsitzender,  
stellv. Beisitzer,  
Beisitzer,  
Geschäftsführer.

In der Haftentschädigungsansache Frau Käthe K o r t e  
in Schmalenbeck  
-Altenslohe, 8351 911 9 W/3456 -  
teile ich mit, dass Frau Korte Anmerkung bei mir den Antrag auf Haft-  
entschädigung gestellt hat. Ich bitte daher um Überlassung der  
dortigen Akten.

Im Auftrag des Landrates:

Bd. 1, 2.2.52, 1.9.2.11

21.1.52  
C. 1.2.11

24.1.

Sonderhilfsausschuss  
4-1/9 Korte-D.-/

An die  
Hansesiedel Hamburg  
Sozialbehörde  
Amt für Wiedereingliederung  
H a m b u r g .

the K o r t e in

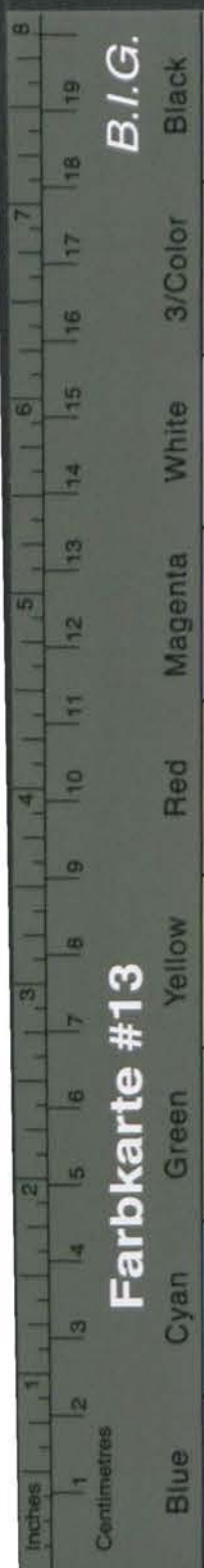
liesst einstimmig,  
unmöglicherweise zu  
en, dass der  
ung in Höhe von

bei dem Amt für  
entschädigung nach  
g wurde mit Beschluss  
rin nicht am  
ondern bereits  
ester der Antrag-  
Betrag von 675.--  
n Vater bewilligt  
ndes Schleswig-Holstein  
esonders stark  
igte Ansprüche  
n wohnhafte Frau  
rwortet daher, eine  
igungsgesetzes  
ng in Höhe von  
rag auch an die  
hung Hamburg

Beisitzer.

1. Februar 1952.





# Kreisarchiv Stormarn B 2

Auf Grund der festgestellt  
Auf die Haftentschädigung

Der Haftentschädigungsans  
Feststellungsbescheid wurde

Kreis Stormarn  
Der Kreisausschuss  
Abt.: Sozial- u. Jugendamt  
Körperbehinderten- u. Hinter-  
bliebenenfürsorge 4-1/8.

An die  
Stadt / Amts / Gemeindeverwaltung  
in

Betrifft: Versorgungsbezüge nach dem Bundesversorgungsgesetz.  
Dem Schwerbeschädigten . . . . . geb. . . . .  
wohnhaft in . . . . . sind Versorgungsbezüge nach dem Bundes-  
versorgungsgesetz mit Wirkung vom . . . . . ab in folgender Höhe bewilligt  
worden:

Grundrente . . . . .	DM
Ausgleichsrente . . . . .	DM
Pflegezulage . . . . .	DM
Zus.: . . . . . DM	

Die bisherige Rente betrug mitl. . . . . DM. Die laufende Zahlung beginnt mit  
dem . . . . . 1951.  
Für die Zeit vom . . . . . bis . . . . . wird als Härteausgleich  
eine einmalige Zuwendung in Höhe der Hälfte der Renteminderung von . . . . . DM  
gewährt. Dieser Betrag wird zusammen mit der Grundrente für den Monat . . . . .  
gezahlt.  
Im Falle der Zahlung einer Prioritätsunterstützung bitte ich um Überprüfung des  
Prioritätsfalles.

Im Auftrage:

Bad Oldesloe, den 1951

## Protokoll -.-.-.-.-

der 90. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn  
am 25. Januar 1952.

Es waren anwesend:

- |                       |                    |
|-----------------------|--------------------|
| a) Herr Biège         | Vorsitzender,      |
| b) Herr Rughase,      | stellv. Beisitzer, |
| c) Herr von Schöning, | Beisitzer,         |
| d) Herr Dabelstein,   | Geschäftsführer.   |

Vorlage: Haftentschädigungsantrag der Frau Käthe K o r t e in  
Schmalenbeck.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig,  
gemäss § 7 die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zu  
befürworten und weiter zu befürworten, dass der  
Antragstellerin eine Haftentschädigung in Höhe von  
675.-- DM gezahlt wird.

## Begründung:

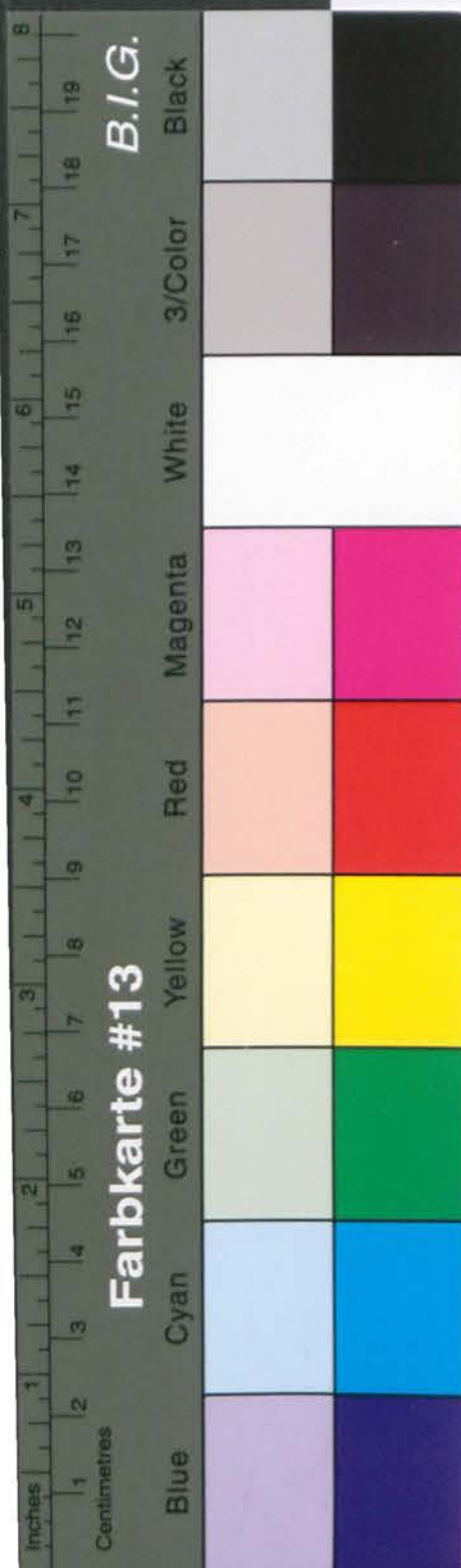
Die Antragstellerin hat am 2.3.1951 bei dem Amt für  
Wiedergutmachung in Hamburg den Antrag auf Haftentschädigung nach  
ihrem verstorbenen Vater gestellt. Dieser Antrag wurde mit Beschluss  
vom 18.12.1951 abgelehnt, weil die Antragstellerin nicht am  
1.1.1949 in Hamburg polizeilich gemeldet war, sondern bereits  
seit 1943 im Lande Schleswig-Holstein. Die Schwester der Antrag-  
stellerin hat mit Beschluss vom 11.7.1951 einen Betrag von 675.--  
DM als Haftentschädigung nach ihrem verstorbenen Vater bewilligt  
erhalten. Die verschiedenartigen Gesetze des Landes Schleswig-Holstein  
und Hamburg machen sich im vorliegenden Falle besonders stark  
bemerkbar, während eine Antragstellerin berechnete Ansprüche  
stellen kann und die im Lande Schleswig-Holstein wohnhafte Frau  
Korte nicht. Der Kreissonderhilfeausschuss befürwortet daher, eine  
Ausnahmegenehmigung gemäss § 7 des Haftentschädigungsgesetzes  
zu erteilen und Frau Korte eine Haftentschädigung in Höhe von  
ebenfalls 675.-- DM auszuzahlen, wie dieser Betrag auch an die  
Schwester, Frl. Streit vom Amt für Wiedergutmachung Hamburg  
bewilligt wurde.

Vorsitzender:

stellv. Beisitzer:

Beisitzer:





# Kreisarchiv Stormarn B 2

24

## Protokoll

-----

der 90. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn  
am 25. Januar 1952.

Es waren anwesend:

- |                       |                    |
|-----------------------|--------------------|
| a) Herr Siege         | Vorsitzender,      |
| b) Herr Rughase,      | stellv. Beisitzer, |
| c) Herr von Schöning, | Beisitzer,         |
| d) Herr Dabelstein,   | Geschäftsführer.   |

Vorlage: Haftentschädigungsantrag der Frau Käthe K o r t e in  
Schmalenbeck.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig,  
gemäss § 7 die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zu  
befürworten und weiter zu befürworten, dass der  
Antragstellerin eine Haftentschädigung in Höhe von  
675.-- DM gezahlt wird.

## B.e.g.r.ü.n.d.u.n.g.:

Die Antragstellerin hat am 2.3.1951 bei dem Amt für  
Wiedergutmachung in Hamburg den Antrag auf Haftentschädigung nach  
ihrem verstorbenen Vater gestellt. Dieser Antrag wurde mit Beschluss  
vom 18.12.1951 abgelehnt, weil die Antragstellerin nicht am  
1.1.1949 in Hamburg polizeilich gemeldet war, sondern bereits  
seit 1943 in Lande Schleswig-Holstein. Die Schwester der Antrag-  
stellerin hat mit Beschluss vom 11.7.1951 einen Betrag von 675.--  
DM als Haftentschädigung nach ihrem verstorbenen Vater bewilligt  
erhalten. Die verschiedenen Gesetze des Landes Schleswig-Holstein  
und Hamburg machen sich im vorliegenden Falle besonders stark  
bemerkbar, während eine Antragstellerin berechnete Ansprüche  
stellen kann und die im Lande Schleswig-Holstein wohnhafte Frau  
Korte nicht. Der Kreissonderhilfeausschuss befürwortet daher, eine  
Ausnahmegenehmigung gemäss § 7 des Haftentschädigungsgesetzes  
zu erteilen und Frau Korte eine Haftentschädigung in Höhe von  
ebenfalls 675.-- DM ausbezahlen, wie dieser Betrag auch an die  
Schwester, Frl. Streit vom Amt für Wiedergutmachung Hamburg  
bewilligt wurde.

gez. Siege  
Vorsitzender.

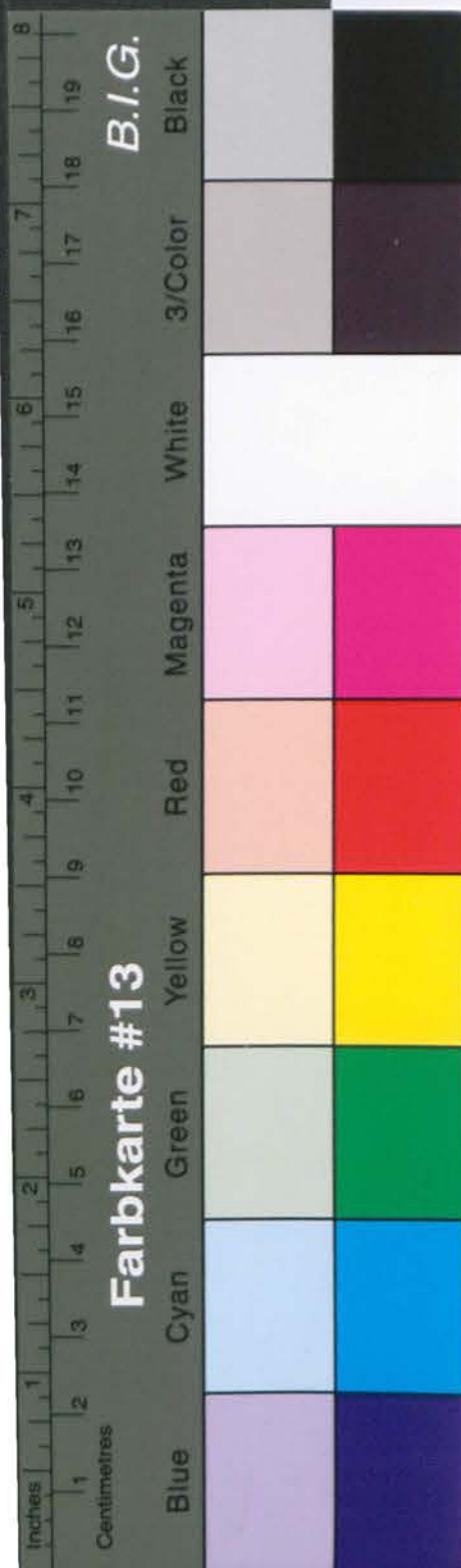
gez. Rughase  
stellv. Beisitzer.

gez. v. Schöning  
Beisitzer.









26  
 Schmalenbach den 9.6.52  
 An den Vorsitzender Hilfsausschuss 4-1/9  
 des Kreisess Stormscheide  
 12. JUNI 1952  
 Amtl. Lsg.Nr.  
 H. Hd. Herrn Habelstein

Meine Bezugnahme auf meinen Antrag  
für Haftentkündigung, welcher Ihnen im  
Januar ds. Js. zugeging, möchte ich Sie  
höflichst bitten, mir mitzuteilen, wie  
weit die Sache nun gediehen ist. Ich habe  
am 2. Febr. noch eine Erklärung abgegeben,  
daß ich bis jetzt noch von keiner Seite  
etwas solche Beträge erhalten habe.  
Ich würde Sie bestimmt nicht belästigen,  
wenn ich das Geld nicht sehr benötige.

ch ihnen unter Bezugnahme auf  
entschiedungsgemäßer mit  
eter des Landes Schleswig -  
eingereicht wurde.  
en Zeit den Bescheid erhalten  
ne Haftentschädigung gezahlt  
sage des Landrates:

30 JUN 1952

7. 148 burg geboren.  
heinen Wohnsitz  
uar 1952 machte die An-  
chädigungsgesetz für  
Theresienstadt verstor-  
zur Begründung gibt  
chen Gründen vom 19.  
ionslager Theresien-  
r Angaben hat die An-  
hts Hamburg vom 27. August  
1943 verstorben sei.  
vom 21. August 1946

rn hat in der Sitzung  
annahmegenehmigung nach

-2-



30. Juni 1952

- Korte -

D. / R.

Frau  
Käthe K o r t e

in Schmalenbeck

Siekerlandstr. 143

In Ihrer Haftentschädigungssache teile ich Ihnen unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 9.6.52 mit, dass Ihr Haftentschädigungsantrag mit Schreiben vom 3.3.52 dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein - Ref. I 16 - zur Entscheidung eingereicht wurde. Von dieser Stelle werden Sie zur gegebenen Zeit den Bescheid erhalten, ob und ggf. mit welchem Betrage Ihnen eine Haftentschädigung gezahlt wird.

Im Auftrage des Landrates:

1870  
 1871  
 1872  
 1873  
 1874  
 1875  
 1876  
 1877  
 1878  
 1879  
 1880  
 1881  
 1882  
 1883  
 1884  
 1885  
 1886  
 1887  
 1888  
 1889  
 1890  
 1891  
 1892  
 1893  
 1894  
 1895  
 1896  
 1897  
 1898  
 1899  
 1900  
 1901  
 1902  
 1903  
 1904  
 1905  
 1906  
 1907  
 1908  
 1909  
 1910  
 1911  
 1912  
 1913  
 1914  
 1915  
 1916  
 1917  
 1918  
 1919  
 1920  
 1921  
 1922  
 1923  
 1924  
 1925  
 1926  
 1927  
 1928  
 1929  
 1930  
 1931  
 1932  
 1933  
 1934  
 1935  
 1936  
 1937  
 1938  
 1939  
 1940  
 1941  
 1942  
 1943  
 1944  
 1945  
 1946  
 1947  
 1948  
 1949  
 1950  
 1951  
 1952  
 1953  
 1954  
 1955  
 1956  
 1957  
 1958  
 1959  
 1960  
 1961  
 1962  
 1963  
 1964  
 1965  
 1966  
 1967  
 1968  
 1969  
 1970  
 1971  
 1972  
 1973  
 1974  
 1975  
 1976  
 1977  
 1978  
 1979  
 1980  
 1981  
 1982  
 1983  
 1984  
 1985  
 1986  
 1987  
 1988  
 1989  
 1990  
 1991  
 1992  
 1993  
 1994  
 1995  
 1996  
 1997  
 1998  
 1999  
 2000  
 2001  
 2002  
 2003  
 2004  
 2005  
 2006  
 2007  
 2008  
 2009  
 2010  
 2011  
 2012  
 2013  
 2014  
 2015  
 2016  
 2017  
 2018  
 2019  
 2020  
 2021  
 2022  
 2023  
 2024  
 2025  
 2026  
 2027  
 2028  
 2029  
 2030  
 2031  
 2032  
 2033  
 2034  
 2035  
 2036  
 2037  
 2038  
 2039  
 2040  
 2041  
 2042  
 2043  
 2044  
 2045  
 2046  
 2047  
 2048  
 2049  
 2050  
 2051  
 2052  
 2053  
 2054  
 2055  
 2056  
 2057  
 2058  
 2059  
 2060  
 2061  
 2062  
 2063  
 2064  
 2065  
 2066  
 2067  
 2068  
 2069  
 2070  
 2071  
 2072  
 2073  
 2074  
 2075  
 2076  
 2077  
 2078  
 2079  
 2080  
 2081  
 2082  
 2083  
 2084  
 2085  
 2086  
 2087  
 2088  
 2089  
 2090  
 2091  
 2092  
 2093  
 2094  
 2095  
 2096  
 2097  
 2098  
 2099  
 2100  
 2101  
 2102  
 2103  
 2104  
 2105  
 2106  
 2107  
 2108  
 2109  
 2110  
 2111  
 2112  
 2113  
 2114  
 2115  
 2116  
 2117  
 2118  
 2119  
 2120  
 2121  
 2122  
 2123  
 2124  
 2125  
 2126  
 2127  
 2128  
 2129  
 2130  
 2131  
 2132  
 2133  
 2134  
 2135  
 2136  
 2137  
 2138  
 2139  
 2140  
 2141  
 2142  
 2143  
 2144  
 2145  
 2146  
 2147  
 2148  
 2149  
 2150  
 2151  
 2152  
 2153  
 2154  
 2155  
 2156  
 2157  
 2158  
 2159  
 2160  
 2161  
 2162  
 2163  
 2164  
 2165  
 2166  
 2167  
 2168  
 2169  
 2170  
 2171  
 2172  
 2173  
 2174  
 2175  
 2176  
 2177  
 2178  
 2179  
 2180  
 2181  
 2182  
 2183  
 2184  
 2185  
 2186  
 2187  
 2188  
 2189  
 2190  
 2191  
 2192  
 2193  
 2194  
 2195  
 2196  
 2197  
 2198  
 2199  
 2200  
 2201  
 2202  
 2203  
 2204  
 2205  
 2206  
 2207  
 2208  
 2209  
 2210  
 2211  
 2212  
 2213  
 2214  
 2215  
 2216  
 2217  
 2218  
 2219  
 2220  
 2221  
 2222  
 2223  
 2224  
 2225  
 2226  
 2227  
 2228  
 2229  
 2230  
 2231  
 2232  
 2233  
 2234  
 2235  
 2236  
 2237  
 2238  
 2239  
 2240  
 2241  
 2242  
 2243  
 2244  
 2245  
 2246  
 2247  
 2248  
 2249  
 2250  
 2251  
 2252  
 2253  
 2254  
 2255  
 2256  
 2257  
 2258  
 2259  
 2260  
 2261  
 2262  
 2263  
 2264  
 2265  
 2266  
 2267  
 2268  
 2269  
 2270  
 2271  
 2272  
 2273  
 2274  
 2275  
 2276  
 2277  
 2278  
 2279  
 2280  
 2281  
 2282  
 2283  
 2284  
 2285  
 2286  
 2287  
 2288  
 2289  
 2290  
 2291  
 2292  
 2293  
 2294  
 2295  
 2296  
 2297  
 2298  
 2299  
 2300  
 2301  
 2302  
 2303  
 2304  
 2305  
 2306  
 2307  
 2308  
 2309  
 2310  
 2311  
 2312  
 2313  
 2314  
 2315  
 2316  
 2317  
 2318  
 2319  
 2320  
 2321  
 2322  
 2323  
 2324

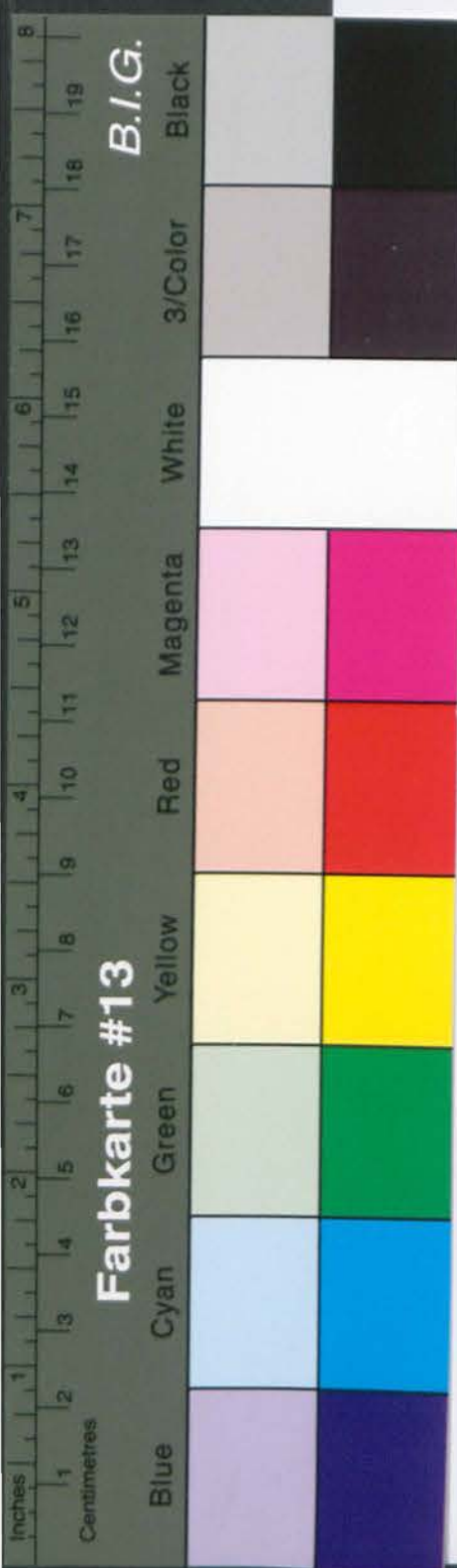
1949-1950

Belajmeyer,  
Ger. A. Schönningh

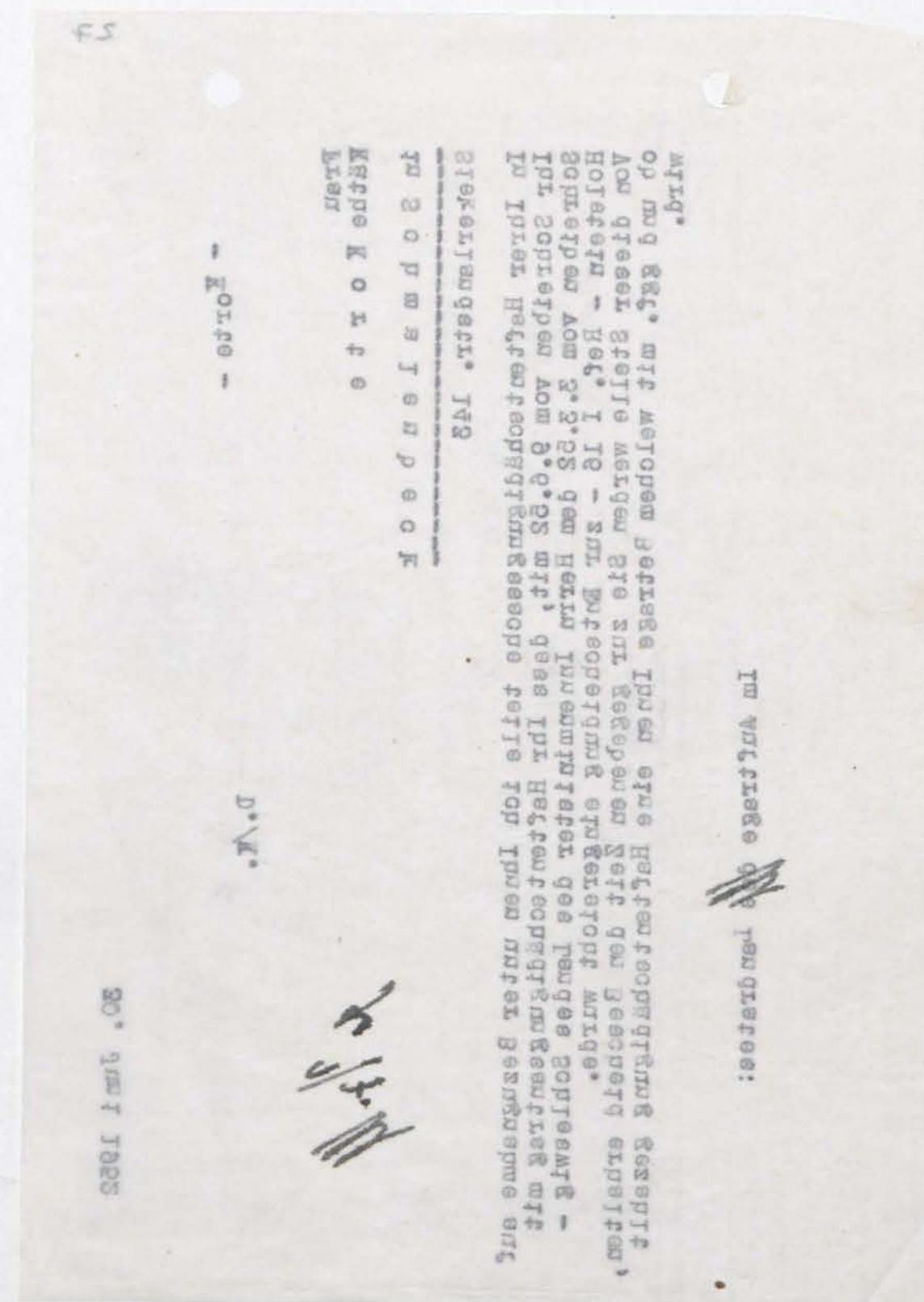
Kreisarchiv Stormarn B 2







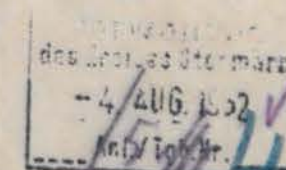
# Kreisarchiv Stormarn B 2



Der Innenminister  
des Landes Schleswig-Holstein  
Ref. I 16.1 - Schm./Sch.  
- SHA.d.L. HE 686/52 -

30. Juli 1952 28

An den  
Herrn Landrat des Kreises Stormarn  
- Kreissonderhilfsausschuss -



Bad Oldesloe  
zur Kenntnis.

## Beschluss

### In der Haftentschädigungssache

der Frau Käthe K o r t e, geb. Streit, Großhansdorf/Kreis  
Stormarn, Antragstellerin,

hat der Sonderhilfsausschuss des Landes in der Sitzung vom  
20. Juni 1952 durch den

Landtagsabgeordneten Dr. Fracher als Vorsitzenden  
sowie die Herren Dölz und Kratzenberg als Beisitzer  
entschieden: auf den Antrag der Antragstellerin vom 11.2.1952

Der Antragstellerin wird eine Ausnahmegenehmigung  
nach § 7 des Haftentschädigungsgesetzes für das  
Land Schleswig-Holstein vom 4.7.1949 (GVBl. 1949,  
S. 161) zur Erlangung der Haftentschädigung in  
Höhe des gesetzlichen Erbteils erteilt.

## Gründe:

Die Antragstellerin ist am 29. Mai 1912 in Hamburg geboren.  
Seit dem 14. August 1943 hat sie ihren ununterbrochenen Wohnsitz  
in Großhansdorf/Krs. Stormarn. Am 11. Februar 1952 machte die An-  
tragstellerin Ansprüche nach dem Haftentschädigungsgesetz für  
das Land Schleswig-Holstein für ihren in Theresienstadt verstor-  
benen Vater, Otto S t r e i t, geltend. Zur Begründung gibt  
sie an, ihr Vater sei als Jude aus rassistischen Gründen vom 19.  
Juli 1942 bis 6. April 1943 im Konzentrationslager Theresien-  
stadt inhaftiert gewesen. Zum Beweis ihrer Angaben hat die An-  
tragstellerin den Beschluss des Amtsgerichts Hamburg vom 27. August  
1946 vorgelegt, nachdem ihr Vater am 6.4.1943 verstorben sei.  
Eine Bescheinigung der Jüdischen Gemeinde vom 21. August 1946  
bestätigt ihr Vorbringen.

Der Kreissonderhilfsausschuss Stormarn hat in der Sitzung  
am 25. Januar 1952 die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach

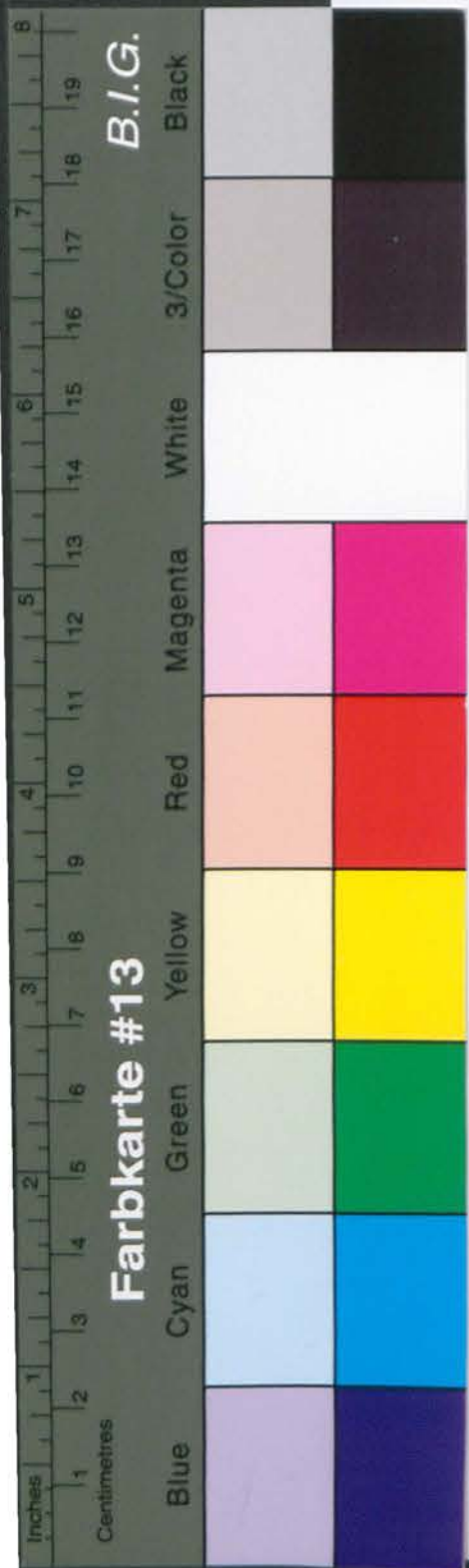




30. 1011 1925 8-5

Handwritten: *K. G. G. G.*  
 Stempel: **LANDESRAT**  
**SCHLES. HOLSTEIN**  
 Kanzlei  
 1891





# Kreisarchiv Stormarn B 2

Kreisarchiv Stormarn  
B 2

Im Auftrag:  
ges. Wolters

20. 11. 1952

Res.: Dr. Pracher  
Vorsitzender

Res.: Kratzberg  
Beisitzer

Die Klage ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Beschlusses bei dem obgenannten Gericht einzureichen.

Die Klage ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Beschlusses bei dem obgenannten Gericht einzureichen.

Landesverwaltungsgericht in Schleswig, Neigebäude gegeben.

Gegen diesen Beschluss ist das Rechtsmittel der Klage beim

Rechtsmittelbegehren:

8 Monate zu entschädigen sind.

weil nach dem Schleswig-Holsteinischen Entschädigungsgesetz nur

Freigeistlerin nicht 675, -- DM erhalten, sondern nur 600, -- DM,

einen entsprechenden Betrag erhalten hat. Jedoch kann die An-

für ihren Vater versetzt wurde, obwohl ihre Schwester in Hamburg

ihre das gesetzlich zustehende Drittel aus der Haftentschädigung

hier der Fall. Der Sonderhilffsausschuss des Landes ist der Ansicht,

Bestimmungen des Gesetzes eine besondere Härte ergibt. Das ist

Erlangung einer Ausnahmegenehmigung bedarf, wenn sich aus den

Landes ist jedoch nach § 7 des Haftentschädigungsgesetzes zur

des Antrages nicht verpflichtet ist. Der Sonderhilffsausschuss des

Freigeistlerin keine Entschädigung zustehen, da der Anspruch vor Stellung

Nach § 6 des Haftentschädigungsgesetzes würde der Antrag-

Freigeistlerin nicht 675, -- DM erhalten, sondern nur 600, -- DM,

einen entsprechenden Betrag erhalten hat. Jedoch kann die An-

für ihren Vater versetzt wurde, obwohl ihre Schwester in Hamburg

ihre das gesetzlich zustehende Drittel aus der Haftentschädigung

hier der Fall. Der Sonderhilffsausschuss des Landes ist der Ansicht,

Bestimmungen des Gesetzes eine besondere Härte ergibt. Das ist

Erlangung einer Ausnahmegenehmigung bedarf, wenn sich aus den

Landes ist jedoch nach § 7 des Haftentschädigungsgesetzes zur

des Antrages nicht verpflichtet ist. Der Sonderhilffsausschuss des

Freigeistlerin keine Entschädigung zustehen, da der Anspruch vor Stellung

Nach § 6 des Haftentschädigungsgesetzes würde der Antrag-

§ 7 des Haftentschädigungsgesetzes für das Land Schleswig-  
Holstein bestimmt, in der Begründung wird ausgeführt,  
die Antragstellerin habe am 2.7.1951 bei dem Amt für Wieder-  
Eutachtung in Hamburg den Antrag auf Haftentschädigung nach  
ihrem verstorbenen Vater gestellt. Dieser Antrag sei mit Be-  
schluss vom 18.12.1951 abgelehnt worden, weil die Antrag-  
stellerin nicht am 1.1.1949 in Hamburg politisch gemeldet  
gewesen sei. Bereits seit 1947 wohne sie im Lande Schleswig-  
Holstein. Die Schwester der Antragstellerin habe mit Beschluss  
vom 11.7.1951 einen Betrag von 675, -- DM als Haftentschädigung  
nach ihrem verstorbenen Vater bewilligt erhalten. Die verschie-  
denartigen Gesetze des Landes Schleswig-Holstein und Hamburg  
führen im vorliegenden Falle zu einem unbilligen Ergebnis.  
Während eine Antragstellerin berechnete Ansprüche stellen  
könne, erhalte die im Lande Schleswig-Holstein wohnhafte An-  
tragstellerin nichts. Der Sonderhilffsausschuss befürwortet  
daher, eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 7 des Haftentschädi-  
gungsgesetzes zu erteilen und der Antragstellerin eine Haftentschä-  
digung in Höhe von ebenfalls 675, -- DM auszusprechen.

§ 7 des Haftentschädigungsgesetzes für das Land Schleswig-  
Holstein bestimmt, in der Begründung wird ausgeführt,  
die Antragstellerin habe am 2.7.1951 bei dem Amt für Wieder-  
Eutachtung in Hamburg den Antrag auf Haftentschädigung nach  
ihrem verstorbenen Vater gestellt. Dieser Antrag sei mit Be-  
schluss vom 18.12.1951 abgelehnt worden, weil die Antrag-  
stellerin nicht am 1.1.1949 in Hamburg politisch gemeldet  
gewesen sei. Bereits seit 1947 wohne sie im Lande Schleswig-  
Holstein. Die Schwester der Antragstellerin habe mit Beschluss  
vom 11.7.1951 einen Betrag von 675, -- DM als Haftentschädigung  
nach ihrem verstorbenen Vater bewilligt erhalten. Die verschie-  
denartigen Gesetze des Landes Schleswig-Holstein und Hamburg  
führen im vorliegenden Falle zu einem unbilligen Ergebnis.  
Während eine Antragstellerin berechnete Ansprüche stellen  
könne, erhalte die im Lande Schleswig-Holstein wohnhafte An-  
tragstellerin nichts. Der Sonderhilffsausschuss befürwortet  
daher, eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 7 des Haftentschädi-  
gungsgesetzes zu erteilen und der Antragstellerin eine Haftentschä-  
digung in Höhe von ebenfalls 675, -- DM auszusprechen.

Bad Oldesloe, den 24. Oktober 1952.

Protokoll

30 marn am

der,  
in,  
Beisitzer,  
führer.

Landes in Sachen

Beschluss, wonach  
Haftentschädigung

Beisitzer.

An den Landrat d. Kreises Stormarn  
Herrn  
- Kreis-sonderhilffsausschuss -  
in Bad Oldesloe

In der Anlage erhalten Sie den Haftentschädigungsantrag  
des/der  
Frau Räte Korte für den verstorbenen Vater Otto Streit,  
nach Entschädigung zurück.

Im Auftrag:  
ges. Wolters

20. 11. 1952

Res.: Dr. Pracher  
Vorsitzender

Res.: Kratzberg  
Beisitzer

Die Klage ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Beschlusses bei dem obgenannten Gericht einzureichen.

Die Klage ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Beschlusses bei dem obgenannten Gericht einzureichen.

Landesverwaltungsgericht in Schleswig, Neigebäude gegeben.

Gegen diesen Beschluss ist das Rechtsmittel der Klage beim

Rechtsmittelbegehren:

8 Monate zu entschädigen sind.

weil nach dem Schleswig-Holsteinischen Entschädigungsgesetz nur

Freigeistlerin nicht 675, -- DM erhalten, sondern nur 600, -- DM,

einen entsprechenden Betrag erhalten hat. Jedoch kann die An-

für ihren Vater versetzt wurde, obwohl ihre Schwester in Hamburg

ihre das gesetzlich zustehende Drittel aus der Haftentschädigung

hier der Fall. Der Sonderhilffsausschuss des Landes ist der Ansicht,

Bestimmungen des Gesetzes eine besondere Härte ergibt. Das ist

Erlangung einer Ausnahmegenehmigung bedarf, wenn sich aus den

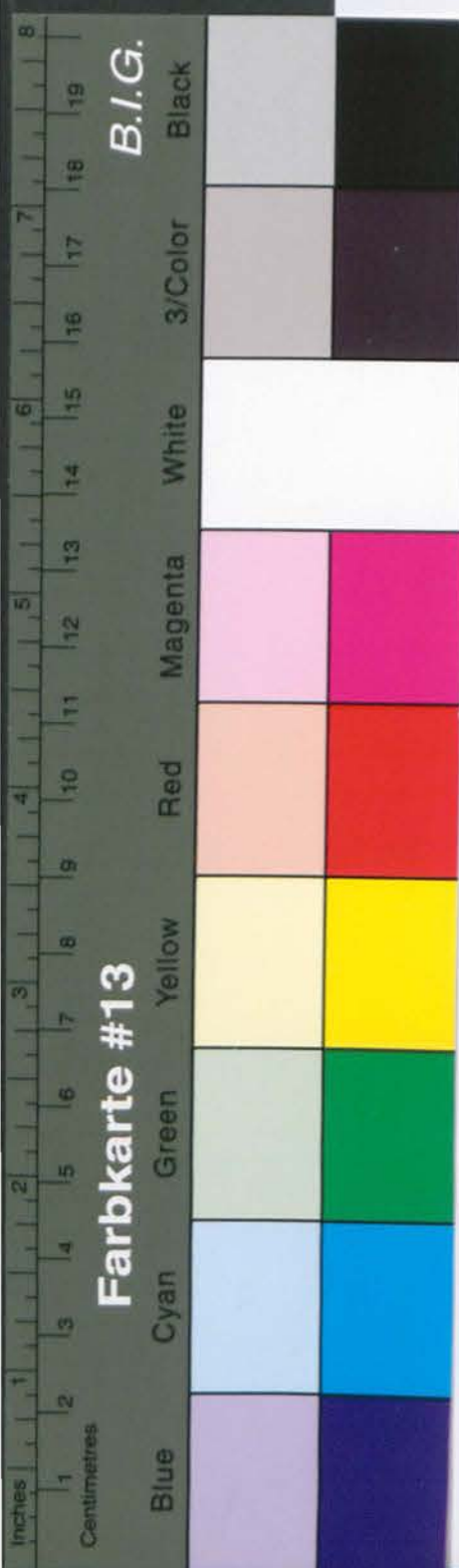
Landes ist jedoch nach § 7 des Haftentschädigungsgesetzes zur

des Antrages nicht verpflichtet ist. Der Sonderhilffsausschuss des

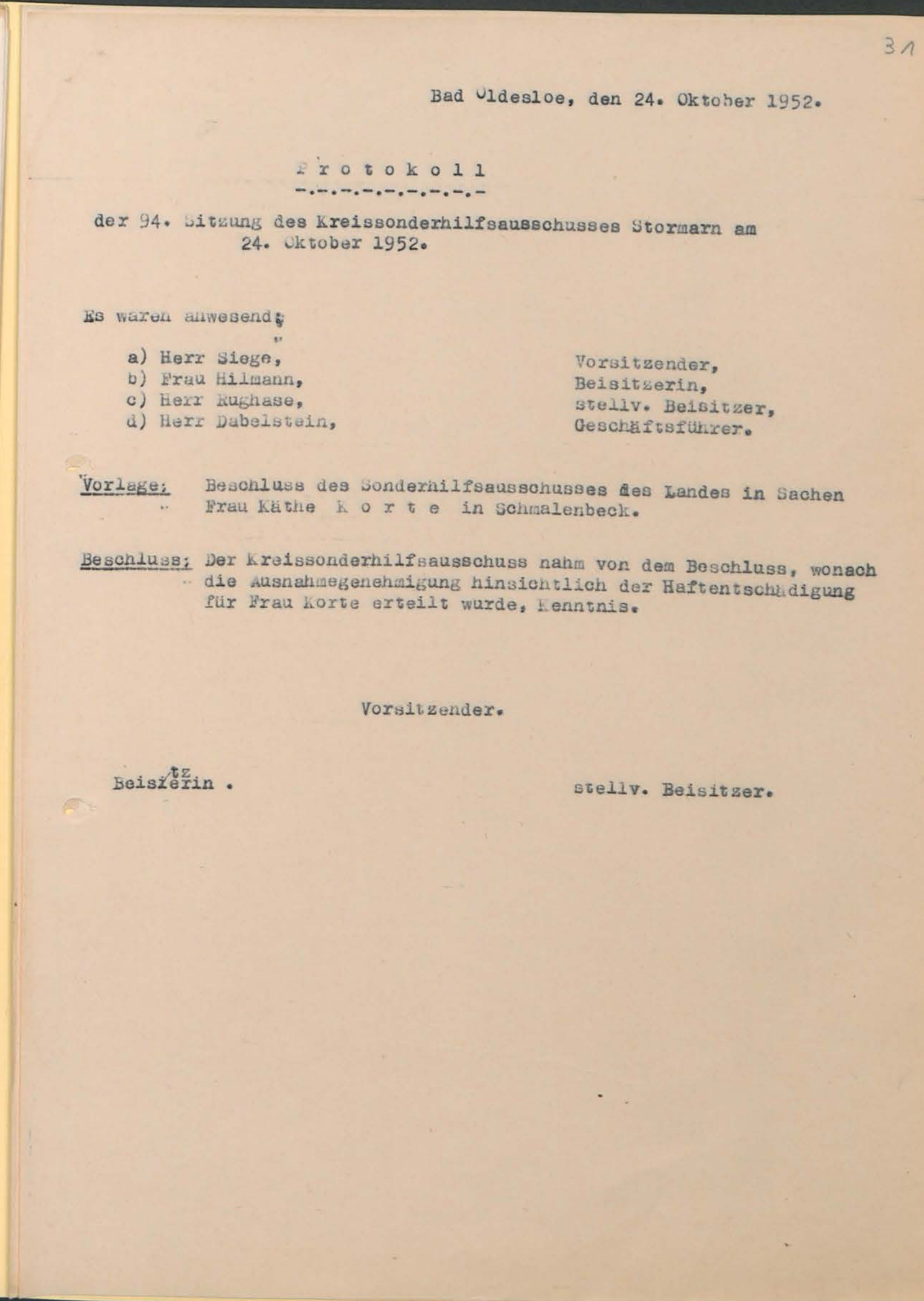
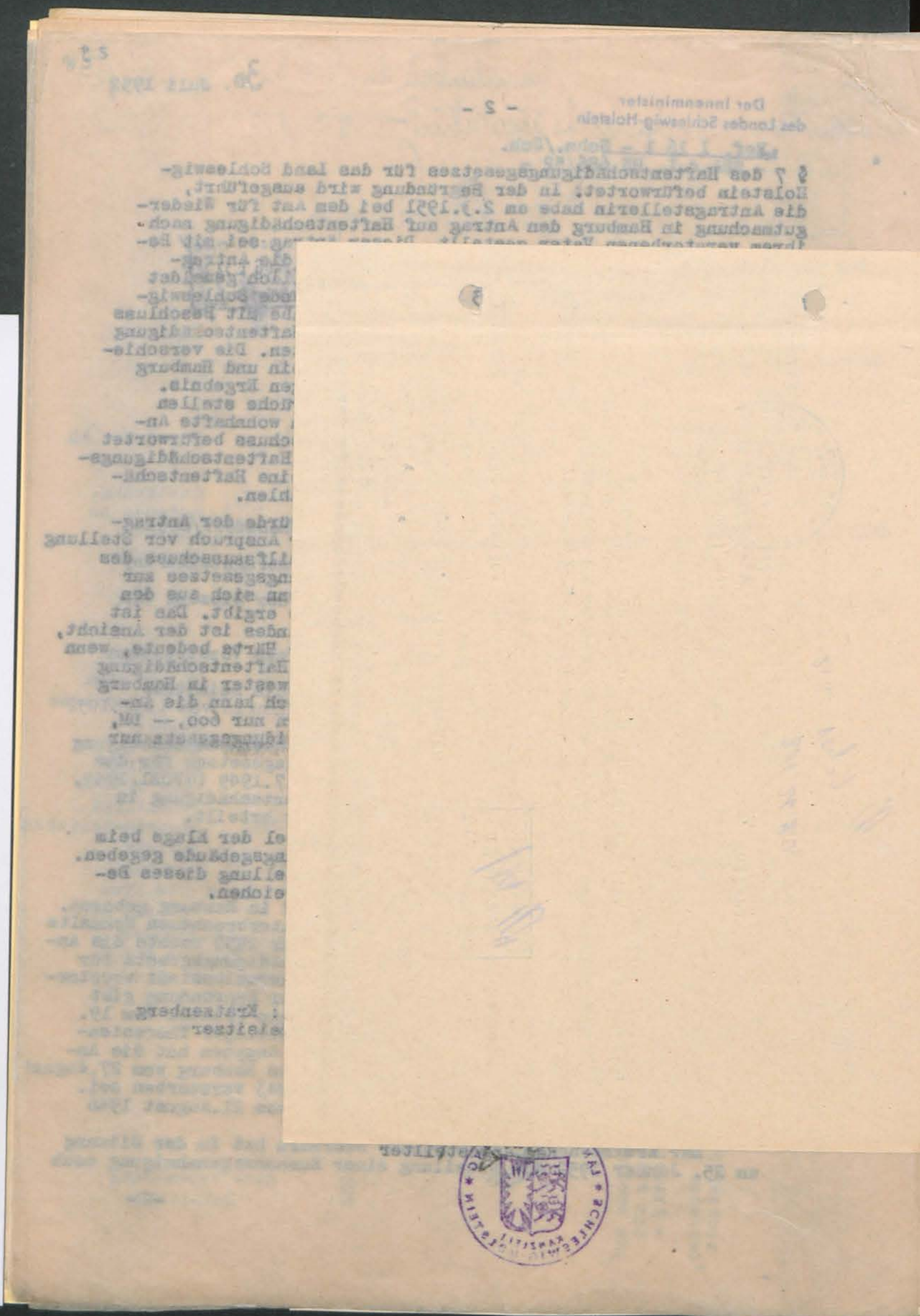
Freigeistlerin keine Entschädigung zustehen, da der Anspruch vor Stellung

Nach § 6 des Haftentschädigungsgesetzes würde der Antrag-





# Kreisarchiv Stormarn B 2



31

Bad Oldesloe, den 24. Oktober 1952.

## Protokoll

der 94. Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses Stormarn am  
24. Oktober 1952.

Es waren anwesend:

- |                     |                    |
|---------------------|--------------------|
| a) Herr Siege,      | Vorsitzender,      |
| b) Frau Hilmann,    | Beisitzerin,       |
| c) Herr Rughase,    | stellv. Beisitzer, |
| d) Herr Dabelstein, | Geschäftsführer.   |

Vorlage: Beschlüsse des Sonderhilfsausschusses des Landes in Sachen  
Frau Käthe K o r t e in Schmalenbeck.

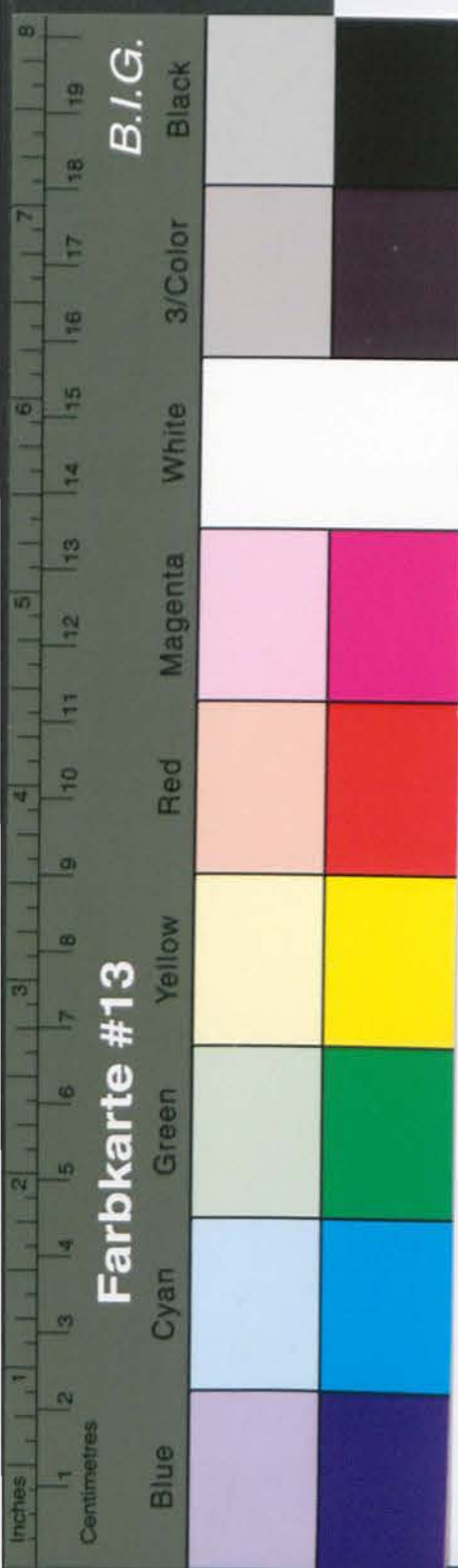
Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss nahm von dem Beschluss, wonach  
die Ausnahmegenehmigung hinsichtlich der Haftentschädigung  
für Frau Korte erteilt wurde, Kenntnis.

Vorsitzender.

Beisitzerin.

stellv. Beisitzer.





# Kreisarchiv Stormarn B 2

Bad Oldesloe, den 24. Oktober 1952.

## Protokoll -----

der 94. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn am  
24. Oktober 1952.

Es waren anwesend:

- a) Herr Siege,
- b) Frau Hilmann,
- c) Herr Rughase,
- d) Herr Dabelstein,

Vorsitzender,  
Beisitzerin,  
stellv. Beisitzer,  
Geschäftsführer.

Vorlage: Beschluss des Sonderhilfeausschusses des Landes in Sachen  
Frau Käthe K o r t e in Schmalenbeck.

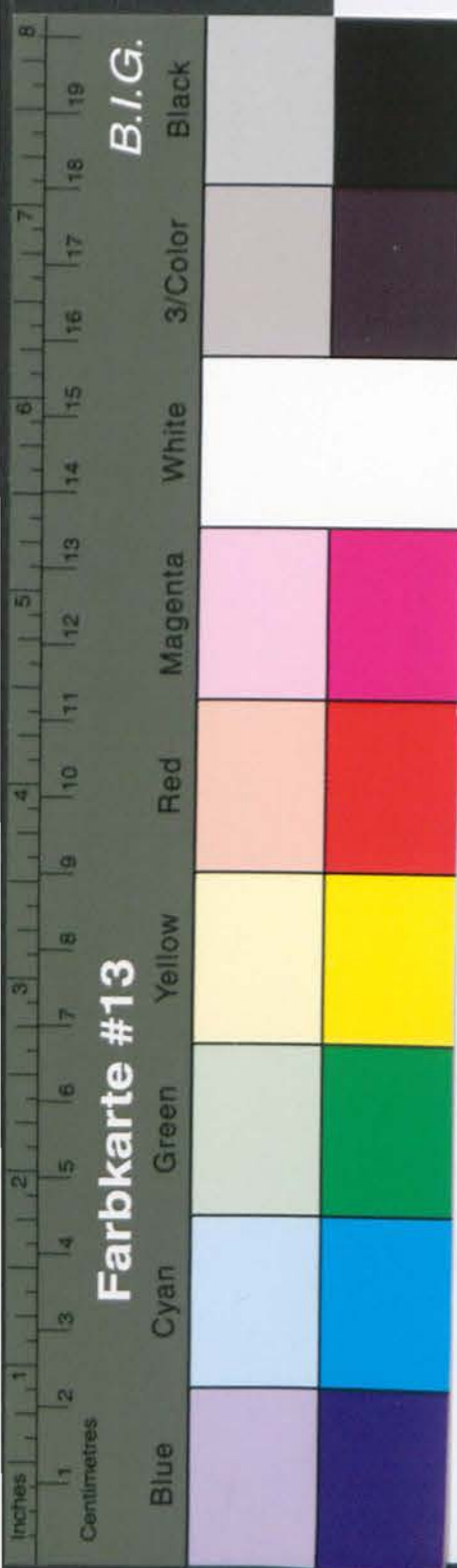
Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss nahm von dem Beschluss, wonach  
die Ausnahmegenehmigung hinsichtlich der Haftentschädigung  
für Frau Korte erteilt wurde, Kenntnis.

Vorsitzender.

Beisitzerin .

stellv. Beisitzer.





# Kreisarchiv Stormarn B 2

Kreis Stormarn  
Der Landrat  
-Kreisentschädigungsamt -  
4-1/9

Bad Oldesloe, den 31. Dezember 1953

33

Herrn/Frau/Fräulein

Frau  
Käthe Sörte

Gr. H. Sörte-Schmalenbeck  
Ecker Landstr. 143.

in

Von dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein habe ich inzwischen die Antragsformulare auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine Anleitung zur Ausfüllung des Entschädigungsantrages und zwei Antragsvordrucke mit der Bitte, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Anleitung genauestens zu beachten.

Die Frist für die Einreichung der Entschädigungsanträge läuft am 30.9.1954 ab. Soweit Sie noch nicht im Besitz der erforderlichen Beweisunterlagen sind, haben Sie daher noch genügend Zeit, diese zu beschaffen.

Soweit bei der Ausfüllung der Anträge Unklarheiten auftreten, bitte ich Sie, sich an meine Dienststelle zu wenden. Bei persönlichen Besuchen wollen Sie bitte die Sprechstage montags, mittwochs und freitags beachten. Von unnötigen Rückfragen bitte ich Abstand zu nehmen, da die Bearbeitung der anfallenden Anträge erhebliche Zeit und Mehrarbeit erfordert und durch die nicht unbedingt erforderlichen Besuche usw. die Bearbeitung nur verzögert wird.

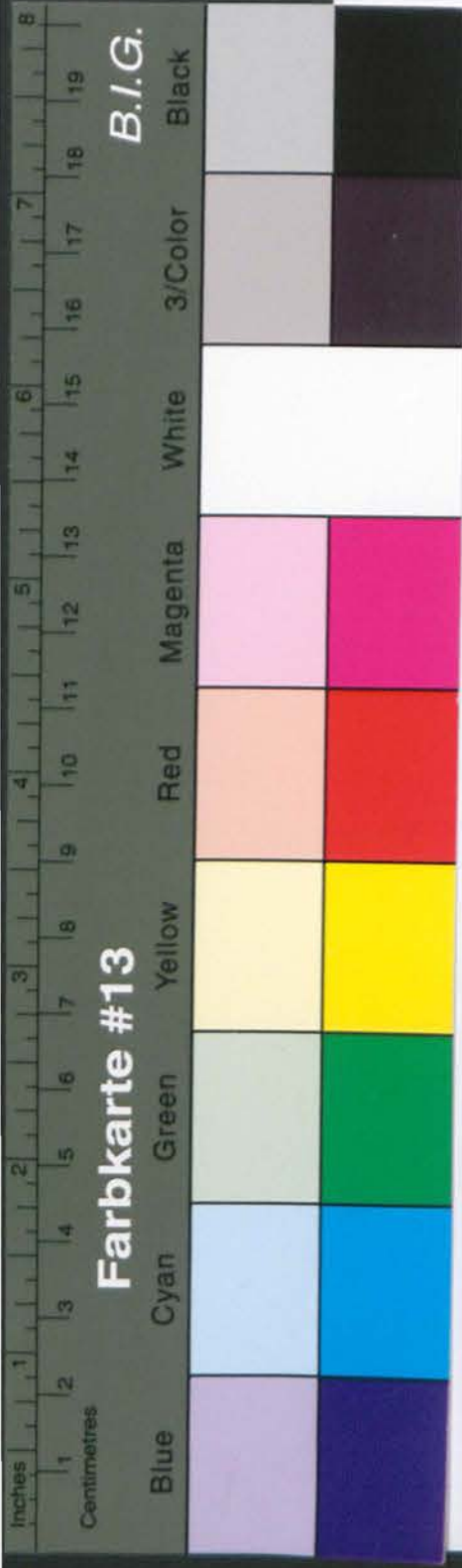
Es ist in Ihrem eigenen Interesse von Wichtigkeit, dass alle Fragen so erschöpfend beantwortet werden, dass Rückfragen vermieden werden.

Sobald Sie die erforderlichen Unterlagen in Händen haben, bitte ich Sie, mir die beiden Antragsformulare ausgefüllt wieder einzureichen. Sollten Sie jedoch auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes Anträge nicht mehr zu stellen haben, bitte ich um Rückgabe der Fragebogen.

Im Auftrage:

*W. Sörte*





Kreisarchiv Stormarn B 2

